Groß-Berlin: Freitag, den 7. August, abends 7 Uhr, Allgemeine Mitglieder-Versammlung in Boekers Festsäle, Weberstr.
Stellungnahme zur Zentral-Ausschuß-Sitzung. Genossen erscheint vollzählig!

Wirtschaft

Die Krise im englischen Bergbau

„Sieg der englischen Gewerkschaften."

Die englische Eiterbeule des Weltwirtschaftskörpers ist durch kurpfuschen und pflastern wieder für kurze Zeit am Aufbrechen verhindert. Der Kabinettsrat hat beschlossen, dem Bergbau eine Staatsunterstützung zu gewähren, damit die Unternehmer von einer Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung absehen können. Die Staatsunterstützung ist bis zum Frühjahr gedacht. Die Unternehmer haben die Kündigung des bisherigen Abkommens auf die Dauer von 14 Tagen zurückgezogen.

Die radikale und unversöhnliche Sprache der Bergarbeiterführer, das hartnäckige Bestehen der Unternehmer auf Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung, und die ebenso hartnäckige Weigerung der Gewerkschaften sie hinzunehmen, die monatelangen Verhandlungen zwischen Zechenherren, Regierung und Gewerkschaften war nichts als die Verdeckung einer ausbrechenden Katastrophe.

England befindet sich heute im Strudel der Weltwirtschaftskrise, deren äußerlich sichtbarer Ausdruck die Wirtschaftskrise Europas ist. Die Wirtschaftslage Europas hat sich dem äußeren Anschein nach etwas gehoben; Englands absoluter Anteil daran jedoch sank. Der Weltkonsum sank auf drei Viertel desjenigen von 1913, trotzdem die Weltbevölkerung um rund 170 Millionen stieg. Die Wirren in China, Indien, Aegypten, Palästina, Marokko, die Zusammenbrüche in Deutschland, in der ganzen alten kapitalistischen Welt zeigen deutlich, daß in England nur eine Eiterbeule des erkrankten Weltwirtschaftskörpers auszubrechen droht. Die Basis der englischen Wirtschaft ist schwer krank und droht zusammenzubrechen. Nach einer Statistik vom 1. Juni dieses Jahres arbeiteten von dem in Betrieb befindlichen 611 Zechen 291 mit Gewinn und 320 mit Verlust. Die Gewinnzechen förderten rund 11 Millionen Tonnen, die Verlustzechen rund 10 Millionen Tonnen Kohlen. Die Arbeitslosigkeit im Bergbau betrug im Februar 1924 31 000, im Mai 38 000, im Februar 1925 131 000, im Mai 199 000, im Juni 301 000. Der Kohlenexport sank in dieser Zeit von 80 auf 52 Millionen Tonnen. Die Abnahme von Bunkerkohle in englischen Häfen sank im gleichen Verhältnis. Die eigene Industrie verbrauchte bedeutend weniger. Die Lohnkosten betragen nach Angaben des Sekretärs der Bergwerksunternehmer 72 v. H. der Gestehungskosten; sie sind 94,27 v. H. höher als 1913.

Die Krise des englischen Bergbaues ist verschärft (wie auch in Deutschland und anderen Industriestaaten) durch die Konkurrenz der Oelfeuerung der Schiffe und durch Erschließung von Wasserkräften für die Elektrizitätserzeugung. England als Industriestaat ruht aber auf der Kohlenbasis. Die Kohle als Grundstoff des industriellen Produktionsprozesses ist durchaus das Spiegelbild der Wirtschaft. Die englische Zahlungsbilanz schloß 1920 mit einem Ueberschuß von 352 000 000, 1922 mit 154 000 000, 1923 mit 102 000 000 und 1924 mit 29 000 000 Pfund Sterling. Das Jahr 1925 wird allem Anschein nach mit einem Defizit enden. Englands Kraftquelle, mit denen es seine inneren Bedürfnisse speiste, ist also dem Versiegen nahe. Die Anspannung durch die Steuern bestätigen das Bild. Im Jahre 1913-14 betrug die Steuer 11,8 v. H. des nationalen Einkommens, um 1924-25 auf das Doppelte, auf 22,1 zu steigen. Der Geburtenüberschuß, der bis dahin stieg, geht sehr schnell zurück; das Wirtschaftsjahr 1924-25 endete mit einem Geburtenrückgang von 78 000. Das ist verständlich, das Dauerheer der Arbeitslosen beträgt — nach der amtlichen Registrierung — über 1¼ Millionen; in Wirklichkeit ist es viel höher.

Das ungefähr ist der rohe Grundriß des Bodens, auf dem sich das Drama der englischen Arbeiterklasse abzuwickeln beginnt. Ein Streik der Bergarbeiter müßte binnen kurzer Zeit die englische Wirtschaft zum Erliegen bringen. Was das selbst bei den zahmen gewerkschaftsdisziplinierten englischen Arbeitern zu bedeuten hätte, wird auf allen Seiten dunkel vorausgeahnt. Das englische Proletariat ging durch die Schule der „Arbeiterregierung". So viel wird noch in manchen Köpfen wach sein, daß die Arbeiter auf sich angewiesen sind. Für sie dreht es sich nur um Lohn und Brot, daß sie unter allen Umständen von den Unternehmern verlangen. Die Unternehmer wieder wissen keinen anderen Ausweg, als Kürzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit.

In seiner stufenweisen Abdrängung vom Weltmarkt hat das englische Kapital alle Mittel und Wege versucht, seine Waren im eigenen Imperium unterzubringen. Daß diese Wege nicht geebnet werden durch Hinauswurf weiterer Hunderttausender, durch weitere Erdrosselung der Kaufkraft, weiß es sehr wohl. Ihm sitzt der eiserne Zwang im Nacken, sich Luft zu schaffen unter allen Umständen. Das Mittel scheint ihm nur die Produktion derselben Kohlenmengen mit einem geringeren Arbeiterstamm, mit einer geringeren Lohnsumme. Weder Unternehmer noch Arbeiter denken über diese nächste Etappe hinaus. Ein festumrissenes Programm für die Zukunft, was werden soll, wenn ein Teil unterliegt, in den Abgrund gedrängt wird, darüber besteht keine feste Meinung. Die Unternehmer wissen sich bei der gewerkschaftlichen „Schulung" der Arbeiter unentbehrlich. Die Arbeiter wieder, soweit eine sozialistische Ahnung wach ist, können sich „Sozialisierung" (gleich Verstaatlichung) nur denken, bei einem gesunden Kapitalismus, der an seinem Reichtum erstickt, der ihnen die reifen Früchte in den Schoß wirft. Die Weltgeschichte geht andere Wege und so kann man nur zu halten versuchen, was ist, die Unternehmer ihre bisherige Produktion mit den früheren Profiten, die Arbeiter ihre Arbeitszeit und Löhne. Denn an der Kaufkraft gemessen, sind diese gegen die Vorkriegszeit nur sehr wenig gestiegen. Das Loch, das zu zustopfen ist, ist aber sehr groß. Die Hälfte der Kohlenproduktion geschieht mit Verlust (bestimmt aber ohne Profit). Es würde bei einer einmaligen Lohnkürzung nicht bleiben, das begreifen auch die Arbeiter.

Die Machtprobe, um die in England im Augenblick gewürfelt wird, hat indes eine viel tiefere Bedeutung. Nicht, daß die ausbrechenden Kämpfe den Bestand der Produktions- und Gesellschaftsordnung in Frage stellen könnten. Ein Proletariat mit einer derartigen Ideologie macht keine Revolution. Wenn im Proletariat so etwas wie ein Machtkampfgedanke wach sein mag, so nur der, seine bisherige Sklavenstellung, mit allem Elend und allen Unterdrückungsmethoden, unter allen Umständen zu erhalten. Der Machtkampf kann sich nur abspielen zwischen den Gewerkschaften als Organisation, als Machtinstrument der Führer, um ihr Prestige bei den Massen. Die Gewerkschaftskassen sind nicht nur nicht leer, sondern mit Schulden belastet. Der Streik könnte nur finanziert werden durch Extrabeiträge der arbeitenden Arbeiter. Daß dies keine Kleinigkeit ist, wissen Unternehmer wie Führer. Abgesehen davon, daß die englische Wirtschaft durch den Bergarbeiterstreik sehr schnell zum Stillstand, und die Geldquellen im Inland selbst zum Versiegen kämen. Ein Sympathiestreik der übrigen europäischen Bergarbeiter schien durchaus ungewiß. Die deutschen Bergarbeiterführer haben in der bestimmtesten Weise abgelehnt, „die Nation ins Unglück zu stoßen". Die europäischen Kohlenhalden sind zum Ersticken überfüllt. Es ist sogar ziemlich sicher, daß bei einem Streik der englischen Bergarbeiter deren „internationale Brüder" mit dem Sitz in Amsterdam, ihren Kohlenüberfluß nach England abrollen würden. Wir kennen das aus dem letzten amerikanischen Bergarbeiterstreik.

Auf der anderen Seite würde das englische Kapital einer Arbeitsruhe seelenvergnügt solange zusehen, bis die Kohlenvorräte verbraucht, die Stapelware verkauft ist. Die Streikunterstützung hörte ganz bestimmt vordem auf. Und bei gefüllten Speisekammern auf der einen, bei hungrigen Magen auf der anderen Seite, ist die Dauer eines Lohnstreiks nicht ungewiß. Aber bei diesen Parallelogrammen würden die Unternehmer die Rolle des Gastgebers einer polnischen Hochzeit spielen, sie bekämen auch ihre Prügel, wenn auch zuletzt. Die Gewerkschaften kämen bei dieser Geschichte unter die Räder und würden ihr moralisches Ansehen einbüßen. Moral aber bedeutet bei den Gewerkschaften Geld, Führereinkommen, Versorgung. Dieser Schlag würde die Bergwerksbesitzer härter treffen als die Gewerkschaftsbesitzer. Die Shop-Steward-Bewegung (auf Betrieben aufgebaut) hat in England, wenn auch nur schwach, Fuß gefaßt. Die Schwächung der englischen Gewerkschaften müßte notwendig zur Radikalisierung der Arbeiter, zur Erkenntnis von der Wertlosigkeit des Reformismus führen. Hierin liegt die Gefahr für das englische Kapital, daß in seiner starken Position gegenüber den Arbeitern, diese mit einem Hieb niederschlagen und sich vor der Hand billige Sklaven verschaffen könnte. Das ist die Ursache der unendlichen Verhandlungen zwischen Zechenkapital und Regierung und „Arbeitervertretern", die zu dem faulen, ganz unmöglichen Kompromiß führten.

Ortsgruppen! Bezirke!
Rüstet zur kommenden
Zentral-Ausschuß-Sitzung
die Ende August stattfindet! Sendet Material und Anträge ein. Rechnet Pflichtbeiträge ab.

Die Verhandlungen, die seit Monaten zu keinem Ergebnis führten, auch nicht führen konnten, gehen weiter. Die Unternehmer haben nur für zwei Wochen Waffenstillstand geschlossen. Es wird weiter geschachert um das Fell der Arbeiterklasse. Man hofft auf eine baldige Zermürbung der Arbeiter, man hofft, daß andere Arbeiterschichten inzwischen freiwillige Lohnreduktionen hinnehmen werden, wie die Führer der Seemannsgewerkschaft dies soeben taten. Schon in einer gesunden Wirtschaft ist es unmöglich, die Grundstoffindustrie, den Anfang der Produktion mit Staatsmitteln zu finanzieren. Die Löcher, die man im Bergbau mit Mitteln aus Staatseinnahmen verstopfen will, springen automatisch über auf die folgenden Produktionsstufen. Schon die Finanzierung des Bergbaues ist für die Dauer unmöglich. Man muß die Mittel von anderen Industrie- und Arbeiterschichten einziehen und andere Bedürfnisse ungedeckt lassen. Die Wirtschaft muß noch mehr überlastet werden, trotzdem aus allen Lagern nach Entlastung gerufen wird. Der Konflikt muß binnen kurzem von neuem ausbrechen.

Bilder der „stabilen Wirtschaft"

Die täglichen Meldungen über Konkursverfahren gegen Industrieunternehmungen häufen sich zu ungeheueren Massen an. Nicht minder diejenigen, über die die Geschäftsaufsicht angeordnet wird. In folgenden beiden Unternehmungen zeigt sich der Grad der „Stabilisierung" ihrer Wirtschaft.

Galizia Romana, Mineralöl-A.-G., Halle. Es beläuft sich im Konkurs die Höhe der Passiven auf 1 Million, die der Aktiven auf 60 000 R.-M.

Heckert u. Co. Glasgroßhandlung und Glashüttenwerke, Halle. Im Konkurs stehen 50 000 R.-M. Aktiven einer halben Million Passiven gegenüber.

Es sind nur zwei Beispiele von den vielen, die den Zersetzungsprozeß der Wirtschaft anzeigen.

Ausland

England drängt auf Schuldenzahlung Frankreichs

Bekanntlich herrscht in England gleich wie in Deutschland eine große Wirtschaftskrise. Betriebe, Bergwerke müssen wegen Absatzschwierigkeiten stillgelegt und eingeschränkt werden. Zum Teil ist diese Krise wie auch bei uns durch Finanzknappheit verschärft, warum ja auch der englische Finanzminister das notwendige Flottenprogramm ablehnte. Das Unternehmertum unternahm im allgemeinen einen Großangriff auf die Löhne. Durch ein Kompromiß zwischen Regierung und den Bergbau-Baronen wurde die Aussperrung und der Bergarbeiterstreik vorläufig beseitigt. Die Regierung hat danach an das Industriekapital einen Profitausgleich für die Betriebseinschränkung und die Sicherung der Löhne in Form von Geldzuschüssen zu leisten.

Eins greift ins andere. Nun sieht sich England veranlaßt, von Frankreich die Kriegsschulden einzutreiben. Frankreich hat sich bis jetzt stets davor gedrückt, es braucht seine Finanzen selbst zur Kriegsführung. Doch gilt es vorerst, sich bei den gefährlichen Weltereignissen die Sympathien Englands nicht zu verscherzen.

WTB. gibt am 1. August aus Paris einige französische Pressemeldungen wieder: „Die Temps schreibt u. a.: Die Unterbrechung der Londoner Verhandlungen kann nicht überraschen, wenn man daran denkt, daß ein äußerst verwickeltes Problem zu lösen ist. Journal schreibt, man dürfte sich nicht verhehlen, daß die Abreise der französischen Finanzdelegierten bedeute, daß zwischen der englischen und der französischen Auffassung ein großer Abstand sei. Avenir: Es ist auf jeden Fall ziemlich paradox, daß England die Schuldenfrage mit seiner wirtschaftlichen Lage in Verbindung bringen will, ohne der französischen Finanzlage Rechnung zu tragen, obwohl sie sich geweigert hat, sie mit der Reparationsfrage und der Frage des französischen Sicherheitspaktes zu verbinden. Ere Nouvelle: Wir Franzosen wissen zu genau, daß das Spiel nicht leicht ist. Moralisch schulden wir nichts, aber finanziell. Otto Niemeyer hat die Gelegenheit dazu benutzt, uns eine „gepfefferte Rechnung" vorzulegen. Echo de Paris sagt, Frankreich schlage England vor, einen Teil der deutschen Zahlungen zur Regelung zu verwenden, ohne sie indes zu garantieren. Diese Garantie fordere England, Frankreich aber lehne sie ab."

So zehrt heute einer vom andern, ohne wieder auf den grünen Zweig zu kommen.

Der imperialistische Krieg in Marokko

Trotz der bisherigen Truppentransporte hat sich die Lage an der französischen Front noch nicht sehr gebessert. Die offiziellen Meldungen in den einzelnen Zeitungen besagen, daß demgegenüber Abd el Krim die Lage beherrscht, was die Franzosen trotz der vollkommen neuen Umorganisierung der Truppen beunruhigt. Obwohl einige Rif-Kabylen-Stämme schwankend geworden sind, hat Abd el Krim die zuversichtliche Absicht einer Offensive. Er stellt sich hinsichtlich der immer größeren französischen Truppenkonzentration auf den Entscheidungskampf ein.

(WTB.) Paris, 1. August. Nach einer Meldung des Journals aus Rabat hat Abd el Krim die Stämme in einem Aufruf aufgefordert, an seine Seite zu treten, um den Kampf gegen Frankreich und Spanien zu einem guten Ende zu führen. Er soll nach dem vom Journal wiedergegebenen Text erklärt haben: Wir kämpfen jetzt in einer letzten und entscheidenden Anstrengung gegen die Franzosen, die wir bald dazu zwingen werden, uns den Frieden auf der Basis der absoluten Anerkennung der Unabhängigkeit des Rifgebietes zu gewähren, indem sie uns die notwendigen Mittel geben, um ein Leben ohne Beraubung und ohne Sklaverei zu führen, und indem sie uns für all das Blut, das zu vergießen sie uns gezwungen haben, schadlos zu halten.

Die Stimmung der französischen Truppen ist gerade keine glänzende. Wenn man die Verhältnisse derselben betrachtet, die in den vergangenen 11 Jahren nicht zur Ruhe gekommen sind, kann man das verstehen.

Die Regierung wirbt darum Landsknechte an.

(WTB.) Paris, 1. August. Ministerpräsident Painlevé hat in seiner Eigenschaft als Kriegsminister eine Verfügung unterzeichnet, nach der Reserveoffiziere, Landwehroffiziere und sonstigen Militärpersonen, die zur Disposition stehen oder einer Reserveformation angehören, während der Dauer des Marokkofeldzuges „dienen können". Sie treten mit dem Grade ein, den sie beim Verlassen der Armee besaßen. Die Werbung gilt höchstens für die Dauer von 10 Jahren. Unteroffizieren wird ein Handgeld von 500 Francs und Soldaten ein solches von 150 Francs am Tage ihrer Unterzeichnung des Kontraktes gewährt.

Nach einer vom Petit Journal wiedergegebenen Meldung aus Fez sind zwei Tankgeschwader in Rabat eingetroffen.

In Frankreich selbst geht man in schärfster Weise gegen die Antikriegspropaganda vor. Tagtäglich werden Kommunisten-Verhaftungen gemeldet.

Flucht aus bulgarischen Gefängnissen

Nach einer Meldung der „Roten Fahne" sind aus einem Gefängnis auf der Insel Anastasia 73 bulgarische Rebellen, Kommunisten und Bauern, die nach dem Attentat verhaftet wurden, ausgebrochen, nachdem sie die Wächter nieder machten. Sie sind auf einem Schiff geflohen.

Aus der Bewegung

RHEINLAND-WESTFALEN.

Bericht von der Bezirks-Konferenz der KAPD.

Am 19. Juli tagte in Düsseldorf die Bezirks-Konferenz des Wirtschaftsbezirks Rheinland-Westfalens.

Vertreten waren die Ortsgruppen Düsseldorf, Elberfeld, Barmen, Rohnsdorf, Bonn, sowie ein Vertreter des GHA. und des RAA. der AAUD.

Auf der Tagesordnung waren folgende Punkte vorgesehen: 1. Wirtschaftliche und politische Lage. 2. Lage und Taktik der Partei. 3. Stellung zur Zentral-Ausschuß-Sitzung. 4. Wahl der Bezirks-Leitung.

Der erste Punkt der Tagesordnung wurde in gemeinschaftlicher Sitzung mit den Delegierten der AAUD., welche diesen Tagungsordnungspunkt als letzten aus diesem Grunde setzte, behandelt. (Bericht siehe „Kampfruf".)

Der Bericht der provisorischen, vom GHA. eingesetzten Bezirks-Partei-Leitung ergab, daß in der Partei in Zukunft mehr und besser gearbeitet werden muß. Durch das Versagen der alten Bezirks-Leitung in Köln war ein etwas trauriger Zustand im Bezirk eingerissen, der schnellstens behoben werden muß. Es wurde beschlossen, das Material der alten Bezirks-Leitung den GHA. zwecks Prüfung zu übergeben. Zum Vorort der Bezirks-Partei-Leitung wurde der Unterbezirk Elberfeld, Barmen-Rohnsdorf gewählt. Die erneut auftauchende Tendenz zwecks Liquidierung der AAU. wurde entschieden zurückgewiesen und folgender Antrag angenommen.

Antrag.

Die am 18. und 19. Juli 1925 in Düsseldorf tagende Partei-Konferenz der KAP. erkennt die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung beider Organisationen zur Durchführung der proletarischen Revolution erneut an und beschließt auch in Zukunft weiterhin in propagandistischer sowie organisatorischer Beziehung für die Festigung und Erweiterung gemeinsam Sorge tragen zu wollen.

Nach Wahl des Delegierten zur Zentralausschußsitzung und Erledigung einiger kleinen organisatorischen Angelegenheiten wurde die Konferenz geschlossen.

Die Delegierten verließen sie mit der vollen Zuversicht: Die Organisation lebt und die Genossen erfüllen ihre Pflicht für die proletarische Revolution.

Genossen, helft alle.

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

Nachruf.

Der Genosse Rudolf Ellbrandt, Neukölln, Rosenstraße 22, ist am Montag, den 3. August, verstorben. Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags ½2 Uhr vom Gemeindekirchhof Neukölln, Mariendorfer Weg, statt.

Rege Beteiligung aller Genossen erwartet die
Bezirksleitung des 14. Bezirks.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 62

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

August 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

„Kundgebungen"

Das Theater gegen die Ausbeutung durch Zölle und Steuern

Die parlamentarischen Parteien haben im Augenblick recht viel zu tun. Gibt es doch im Staat so manches schwierige Problem zu lösen. Von innen und nach außen werden politische Winkelzüge verlangt, um diese Welt in Gang zu halten. Die Krise in der Weltwirtschaft hat eine politische Hochflut heraufbeschworen, über die sich die Politikanten vor dem Volk die Köpfe zerbrechen. Es gilt bei allem Chaos das Volk in sicheren Bahnen zu lenken. Nie ist die Konkurrenz der Parlamentsparteien um den richtigen Weg so stark gewesen als heute, obwohl fast alles die goldene Koalition anstrebt. Es gilt eben dem Massenbetrug.

Steuer — Zölle — der innere Wirtschaftszusammenbruch — und der Sicherheitspakt stehen im Vordergrund unzähliger kleinerer Dinge, die einer parlamentarischen Beratung bedürfen. Die gesamten Auswirkungen des kapitalistischen Zusammenbruchs gilt es dem Proletariat in einer Weise zu übermitteln, und zwar so, daß die wirklichen Klassenverhältnisse dabei in den Hintergrund treten. Die Ursachen der allgemeinen Verhältnisse und all der auftauchenden Fragen werden verschleiert, wodurch das Proletariat sich bei all diesen Fragen in Illusionen wiegen läßt. Sie treten dabei nicht als naturnotwendige Begleiterscheinungen des Gesamtkapitalismus auf, die auf Leben und Tod mit demselben verknüpft sind, sondern als ungerechte Auswüchse irgend eines Einzelkapitalisten oder der Staatsregierung. Unter diesem Gesichtswinkel gibt sich die Masse den Illusionen hin, daß auf dem Wege des Parlamentarismus an diesen Erscheinungen irgend etwas geändert werden könnte, ohne das bestehende Herrschaftssystem zu ändern. Die Wirklichkeit der kapitalistischen Maßnahmen wird nicht begriffen. Man protestiert in Kundgebungen in illusionären Bahnen gegen Erscheinungen, deren Ursprung und wirklichen Lauf man den Massen des Proletariats wissentlich vorenthält.

Die SPD., die Gewerkschaften und die parlamentsradikale KPD. führen die Massen auf diesem Wege gegen Windmühlenflügel, hinter denen sie sich die Position im kapitalistischen Staate gesichert haben.

Indem das Proletariat an den Parlamentarismus glaubt und in diesem Glauben seine Republik feiert und um parlamentarische Reformationen Kundgebungen veranstaltet und Resolutionen an die Parlamentsvertreter schickt, geht ihm der Begriff der kapitalistischen Weltordnung verloren. Es begreift nicht, daß die Zölle, die Steuern und die Betriebseinschränkungen aus den Krisenverhältnissen der gesamten Weltwirtschaft hervorgehen.

Der Kapitalismus ist gezwungen große Produktionsstätten zu schließen weil für die Waren kein profitsicherer Absatz auf dem Weltmarkt vorhanden ist. Ohne Profit raucht kein Schornstein. Die Zölle und Steuern sind die Mittel sich auf dem Innenmarkt abzuschließen, vor der ausländischen Konkurrenz zu sichern und für den Profitverlust im eigenen Staat einen Ausgleich zu schaffen. Die Fragen des Garantiepakt sind wiederum die Versuche, auf dem Weltmarkt einen neuen Imperialismus aufzubauen.

Alles dies geschieht auf Kosten des Proletariats, daß durch die Wirtschaftssysteme ausgebeutet und durch den Staat mit allen Mitteln unterdrückt wird.

Es ist derselbe Staat, dessen republikanische Form am kommenden Sonntag von großen Arbeitermassen gefeiert wird, und zu dessen Schutz vor revolutionären Elementen von Seiten der parlamentarischen Parteien, der SPD. wie der KPD. mehr als einmal aufgerufen wurde. Ein „herrliches" Schutzgesetz wurde von diesen Parteien gegen die Arbeiterklasse aufgerichtet, und nie ist von der alten Staatsform in so rücksichtsloser und brutaler Weise gegen das revolutionäre Proletariat vorgegangen als von diesem Staat.

Die Republik war die kapitalistische Staatsform, auf dessen Boden sich der Kapitalismus von neuem in den Sattel schwang. Die Sozialdemokratie, die Gewerkschaften und die Parlamentskommunisten waren seine Steigbügelhalter. Sie leiten ihm die Geschäfte und sorgen für Ruhe und Ordnung.

Eine wissentliche Irreführung der Proletariermassen ist es, wenn sie zur Begleitung ihrer Parlamentskomödie das Volk zu „außerparlamentarischen" Kundgebungen zusammentrommeln, wenn die KPD. dazu folgendes Aktionsprogramm aufstellt:

1. In der Zeit der Beratung der Zollvorlage Massendemonstrationen und intensivste Propaganda gegen die Zollpläne in ganz Deutschland, zugleich schärfste parlamentarische Obstruktion, auch gegen die Landesregierungen, die die Zollvorlage unterstützt haben.

2. Sollten die bürgerlichen Parteien und die Regierung es trotzdem wagen, die Zollvorlage durchzupeitschen, dann Volksentscheid gegen die Zollgesetze. Unter dem Druck des ADGB. müßte auch die durch die Koalitionspolitik an die Bourgeoisie gekettete SPD. dafür eintreten. Das zur Einleitung eines Volksentscheides notwendige Drittel der Abgeordneten wäre ohne Schwierigkeit gesichert!

3. Wenn die Regierung durch irgendwelche Gewaltmittel den Volksentscheid zu verhindern, zu beeinflussen oder sein Ergebnis zu ignorieren versucht, dann

Einsetzung des schärfsten gewerkschaftlichen Mittels, der mit den anderen ebenso dringenden proletarischen Forderungen: Achtstundentag, Amnestie, Aufhebung der Lohn- und Mietssteuer, Entwaffnung der monarchistischen Reaktion zu verbinden wäre."

Kundgebungen, Massendemonstrationen und parlamentarische Obstruktion sind die Mittel, die von der KPD. als erstes gegen die Zollgesetze empfohlen werden.

An uns sind schon mehrere als eine solcher Kundgebungen vorübergegangen — sogar unter der Sicherung der Ordnung durch rote und grüne Hundertschaften — ohne daß sie etwas bezweckt hatten. Die Bourgeoisie fürchtet diese Massendisziplin nicht mehr. Was aus den geübten Ostruktionen der KPD. geworden ist, wissen wir auch. Der Präsident empfiehlt den Ruhestörern auf gesetzlichem Wege, mit Hilfe einiger Polizeibeamten, (vielleicht aus der roten Schupozelle) für einige Wochen Ruhe. Sie fügen sich der Gewalt! und die Gesetze werden ohne ihr Beisein bequatscht und beschlossen.

Wie wir sehen, ist aber die KPD. an Erfindungen reich. — Die große Einheitsfront des ADGB. soll helfen ein Volksentscheid herbeiführen. Die Rechnung ist ohne den Wirt gemacht. Der ADGB. der am 9. August die Verfassung feiert, ist gegen Obstruktion und wird der KPD. den Weg allein überlassen. Im übrigen möchten wir den Arbeitern, die als Werkzeug gebraucht werden sollen, empfehlen, sich die Widersprüche dieser politischen Forderungen einmal zu klären. Die KPD. verlangt von der Regierung, eine der kapitalistischen notwendigen Staatswirtschaft entgegengesetzte Politik zu treiben. Man verkennt vollkommen die Rolle des Staates, des geschützten Bodens der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Doch man rechnet ja mit diesen Machtmitteln, d. h. man kann den Klassenkampf nicht mehr verheimlichen, denn das Kapital treibt ihn selbst auf die Tagesordnung.

Nichts ist jedoch illusionärer als die Mittel, welche die KPD. in ihrem 3. Programmabschnitt dagegen aufzeigt.

Wir wissen, daß die Macht des Kapitals und die Gewalt des Staates nur durch die Macht der Arbeiterklasse und die schärfsten Gewaltmaßnahmen gebrochen werden kann. Von den Gewerkschaften, den Stützen des Kapitals haben wir nichts anderes zu erwarten als Verrat gegen jeden Klassenkampf. Gewerkschaftliche Demonstrationsstreiks mit den aufgestellten Forderungen sind Utopien. Das Proletariat hat nichts zu fordern, denn der Kapitalismus nimmt keine Rücksicht; ebenso unsinnig sind alle Kundgebungen. Das Proletariat hat um seine Macht zu kämpfen, indem es den kapitalistischen Staat zertrümmert.

Alle auftauchenden Dinge, die gegen das Proletariat gerichtet sind, bilden Machtfragen, die nicht im Parlament sondern nur durch die Revolution entschieden werden. Darum gilt es für die Arbeiterklasse dem Parlamentarismus und seinen Vertretern, der SPD. und KPD., die zu Kundgebungen aufrufen, den Kampf anzusagen und in den Betrieben die Grundlage für die proletarische Revolution vorzubereiten.

Vor dem Bankrott

Wer ein langes Proletarierleben hindurch in Gewerkschaften, Genossenschaften und politischer Partei sich der harten, aufreibenden Kleinarbeit hingab, muß heute beschämend feststellen, daß die Arbeiterschaft geistig zurückgeworfen wurde, je größer diese Organisationen wurden. Die reformistischen Führerorganisationen haben in der Arbeiterschaft ein geistiges Niveau geschaffen, daß schlechterdings nicht mehr zu überbieten ist. Die Weltwirtschaftskrise mit ihren Zusammenbrüchen an allen Ecken und Enden der industrialisierten Welt, hat die Ideologie der Proletarier fast unberührt gelassen. Wo man heute mit streikenden Arbeitern zusammenkommt, hört man nur eine Meinung: Die Kapitalisten sind schlecht, sie wollen nicht zahlen. Die Einwendungen, daß der Kapitalismus am Ende seines Lateins sei, daß das gesamte Nationaleinkommen nicht hinreiche, alle Arbeiter auch nur einigermaßen zu entlohnen, wird als reaktionär abgetan: „Du arbeitest den Kapitalisten in die Hände". Die Tatsache, daß einige Gruppen hochqualifizierter Spezialarbeiter hohe Löhne haben und daß Arbeiterschichten, die Konjunktur haben, durch Streiks höhere Löhne erzielen, ist ihnen Beweis, daß die Kapitalisten zahlen können, wenn sie dazu gezwungen werden. Daß der Kapitalismus einige Gruppen „hoch" bezahlt, um die Klassensolidarität zu zerreißen, daß die Arbeiterschichten mit Konjunktur auf Kosten der Schichten ohne Konjunktur höhere Löhne erzielen, soweit blicken die Proletarier selten. Der Blick reicht nicht aus, die gesamte Volkswirtschaft, mithin die gesamte Arbeiterklasse zu überschauen. Von dem Glauben, daß der Kapitalismus aus bösem Willen nicht zahlt, sind die Arbeiter aller politischer Schattierungen beseelt: SPD., KPD., Anarchisten und Syndikalisten.

Ein Blick ... beängstigend wächst. Die Dividendenlosigkeit führender Industriewerke nimmt stark zu. Es braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß die oberschlesischen Borsigwerke ihr Geschäftsjahr mit fast 6 Millionen Goldmark Verlust abgeschlossen haben. Die Tausende Stillegungen geschehen gewiß nicht aus bösem Willen. Der Kapitalismus legt kein Werk still, solange es noch Profit abwerfen kann. Gerade jetzt, wo die Industrie neue Kredite aus Amerika haben möchte, zum mindesten die alten verlängert haben will, hat sie keine Ursache, ihre Profitmöglichkeit schlechter darzustellen, als sie ist.

Im Reichsarbeitsministerium zu Berlin tagen gegenwärtig die Spitzenverbände der Bergarbeiter und Bergwerksunternehmer mit der Regierung, um über Hilfsmaßnahmen für den Ruhrbergbau zu beraten. Es ist bis zum Augenblick noch nicht viel an die Oeffentlichkeit gedrungen aus diesen Verhandlungen, aber immerhin 2 Punkte: Der weiteren Stillegung von Zechen, die nicht rentabel sind, stimmten die Gewerkschaften zu. Ferner soll den Ruhrindustriellen des Bergbaues mit 15 Millionen Mark aus Staatsmitteln vor der Hand geholfen werden. Das ist wohl ein Beweis, daß der Bergbau zahlungsunfähig ist. Wir entsinnen uns noch, daß gerade Sozialdemokratie und Gewerkschaften ein großes Lamento anstimmten über die 700-Millionen-Unterstützung an den Bergbau, an dem sie natürlich selbst schuld waren.

Gewerkschaften und Unternehmer kennen natürlich die wahren Ursachen der Bergbaukrise; sie können den Proletariern aber nicht sagen: der Kapitalismus kann nicht weiter, macht Revolution. Deshalb verlangen die Unternehmer Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der Löhne und die Gewerkschaften das Gegenteil. Diese immer die Proletarier in dem Glauben wiegend, daß die Kapitalisten können, aber nicht wollen. Ist es nicht ein Unsinn höchster Potenz, daß die Gewerkschaften jetzt, in diesen Tagen, den Bergbauunternehmern die bestehenden Tarife aufkündigten, um höhere Löhne zu fordern in demselben Augenblick, in dem sie in Stillegungen und einer Staatsunterstützung an den Bergbau das Wort reden? Woher sollen die höheren Löhne genommen werden? Die Staatsunterstützung muß doch von den Proletarier aufgebracht werden, durch Lohnsteuern und durch die Steuern der übrigen Unternehmer, die den Arbeitern von den Löhnen gekürzt werden müssen. Der Endeffekt der Gewerkschaftspolitik ist also auch in diesem Falle, daß Bergarbeiter und Bergbauunternehmer auf Kosten der Herabdrückung der Lebenshaltung der übrigen Arbeiter leben. Weil sie erkennen, daß der Kapitalismus aus sich diese Lohnerhöhung, bezw. die Weiterbeschäftigung der arbeitenden Bergarbeiter nicht bestreiten kann. Aehnlich geht es dem Bergbau ganz Europas. In Belgien beginnen Entlassungen und Stillegungen. Die deutsche Reparationskohle drückt die belgischen Arbeiterlöhne. Die Halden sind überfüllt, man wehrt sich gegen die deutschen Kohlensendungen. Ebenso liegen die Dinge in Frankreich. In Frankreich ist dieser Tage eine Verordnung erlassen, die die Einfuhr deutscher Kohle des freien Verkehrs unmöglich macht. Die deutsche Kohleneinfuhr nach Frankreich, die jetzt verhindert ist, betrug aber in den abgelaufenen Monaten 200 000 Tonnen monatlich. Im englischen Bergbau ist eben ein faules Kompromiß zwischen Gewerkschaften, Bergbauunternehmen und Regierung geschlossen worden, ähnlich wie in Deutschland. Man will den Bergbau unterstützen mit Staatsmitteln, aus den Steuern der übrigen Arbeiter. Die Folge ist Herabdrückung der Löhne, Zerstörung der Kaufkraft, Rückgang der Warenproduktion, Minderverbrauch von Kohle. Die Katze beißt sich also wieder in den Schwanz.

Wie dieser Kreislauf verblüffend zutrifft, wollen wir an einigen Beispielen zeigen. Im Rechenschaftsbericht der Anhaltischen Kohlenwerke (Braunkohlen-Konzern Petschek) heißt es:

„Die Steuerbelastung der Gesellschaft betrug 1924 insgesamt etwa 1 320 000 R.-M., also rund 6 v. H. des auf Reichs-

mark umgestellten Kapitals. Im letzten Friedensjahr betrugen die Steuern nur 86 500 Mark." — Der Bericht der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei (eines der bedeutendsten Textilwerke des Kontinents) sagt: „Wir müssen darauf hinweisen, daß die Erhebung von Steuern in einer Höhe wie im Jahre 1924 die Wirtschaftlichkeit unserer Betriebe ernstlich gefährdet. Wir haben in diesem Jahre für unser Unternehmen reichlich das Zwölffache des Betrages an Steuern abführen müssen, den wir im Jahre 1913 insgesamt dafür aufzuwenden hatten . . ." Dieses Unternehmen hat dann von sich aus eine Untersuchung über die Verhältnisse in 12 großen Kammgarnbetrieben, die etwa ein Sechstel der gesamten Kammgarnerzeugung Deutschlands ausmachen, angestellt und ist zu folgendem Ergebnis gekommen: „Die soziale Belastung erreichte im zweiten Halbjahr 1924 das 2,82 fache des Friedens. Die Steuern sind auf 100 kg Kammgarn im Auslandsabsatz siebenmal, im Inlandsabsatz sogar zwölfmal so hoch wie im Frieden. Bei Zugrundelegung einer mittleren Entfernung sind die für Textilunternehmungen in Betracht kommenden Rohstoff- und Warenfrachten nahezu doppelt so hoch als im Frieden; bei geringeren Entfernungen sind sie nach dem Staffeltarif heute noch viel höher." — Eines der besten Eisenwerke des rhein.-westf. Industriebezirkes machte kürzlich folgende Rechnung aus den Betriebsbüchern auf: „Auf die Tonne Rohstahl berechnet machten soziale Zulagen, Urlaubsvergütung, Krankenkassenbeiträge, Invalidenversicherung, Erwerbslosenfürsorge, Berufsgenossenschaft, im Frieden 1,01 Mark aus, jetzt 3,30 Mark. Erwerbslosenfürsorge, vor dem Kriege nichts, zahlen wir monatlich etwa 10 280 Mark. Die Steuern sind in den ersten Monaten 1925 von 1,60 Mark je Tonne Rohstahl im Frieden auf 6,88 Mark gestiegen. Diese Steuern waren die tatsächlich gezahlten, nicht etwa die von uns verlangten. Sie haben sich verfünffacht, auf die Tonne Produktion mehr als vervierfacht. Nehmen wir stattdessen die Zeit von April 1924 bis März 1925, so erhöht sich die Zahl der tatsächlich auf die Tonne Rohstahl gezahlten Steuern von im Frieden gezahlten 1,60 auf 8,62 Mark. Im Jahre 1913, das ein gutes Jahr gewesen ist, machte die gesamte Steuerbelastung 12,1 v. H. vom Gewinn aus. Nehmen wir an, daß das Jahr 1924 den gleichen Gewinn gebracht hätte, so würde die Steuerbelastung 60,78 v. H. hiervon ausmachen. Daß an Stelle von Gewinn aber nur Verluste zu buchen gewesen sind, ist ja bekannt. Das bedeutet also, daß die gesamte Steuer von der Substanz bezw. aus Schulden gezahlt worden ist. Wir müssen jetzt den doppelten Zinssatz der früheren 4½ prozentigen Obligationen für das Vielfache jenes Betrages aufbringen. Im Verhältnis zum Umsatz betrugen Steuern, Zinsen und Generalunkosten 1914: 8 v. H., heute 22 v. H., mit Löhnen und Gehältern heute 59 v. H. gegen 33 v. H. vor dem Kriege. Die Industriebelastung durch die Dawes-Obligationen würde auf die Tonne Rohstahl bei der vorgesehenen Belastung von 5 v. H. Zinsen und 1 v. H. Amortisation gegenwärtig 1,25 Mark je Tonne ausmachen. Der Achtstundentag im Hochofen- und Stahlbetrieb bringt nach unserer Berechnung eine derartige Mehrbelastung, daß Löhne, Gehälter, Steuern, Verwaltung und Zinsen zusammen 74 v. H. des heutigen Umsatzes ausmachen. Es blieben sonach nur 26 v. H. für den Ankauf von Material übrig gegen 67 v. H. im Frieden. Die unausbleibliche Folge ist Produktionseinschränkung, Produktionsverteuerung, Arbeitslosigkeit."

Man kann den Herrschaften darauf antworten, daß dies die Folgen des Krieges sind, der ja in ihrem Interesse, von ihnen angezettelt, geführt wurde. Damit ist den Arbeitern aber nicht mehr gedient, als durch die Politik der Gewerkschaften. Die Proletarier müssen begreifen lernen, daß der Kapitalismus bankrott ist, daß sie wohl hie und da kleine Lohnaufbesserungen erzielen können auf Kosten anderer Arbeiterschichten, daß sie aber als Klasse einer immer größeren Bedrückung und die 14tägig ermittelten Ziffern der Vollarbeitslosen im ganzen Reiche am 15. Juli von vorher 195 000 auf 198 000 gestiegen — wohlbemerkt zu einem Termin, der mit der Erntezeit und der Bausaison zusammenfällt! Es wird jetzt rapide nach oben gehen. Die Gewerkschaften und parlamentarischen Arbeiterparteien werden immer tüchtig auf die schlechten Kapitalisten schimpfen, damit die Arbeiter die wahren Ursachen, den Bankrott des Kapitalismus nicht erkennen und ihm nicht an das morsche Fundament gehen. Denn die Existenz der Gewerkschaften und der Parlamentsparteien ist an den Bestand des Kapitalismus gebunden.

Das Proletariat wird seine Lebenslage nur verbessern können, wenn es sich als Klasse betriebsweise zusammenschließt und um die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft kämpft. Erst wenn das Profitsystem beseitigt ist, kann das Proletariat für seinen eigenen Bedarf produzieren. Die auf Betriebsorganisationen aufgebaute Klassenorganisation setzt aber die Zertrümmerung der Gewerkschaften voraus. Setzt ferner voraus, daß die Illusionen von der Hilfe durch den Parlamentarismus aufgegeben werden. Setzt voraus, daß das Proletariat die diplomatischen Beziehungen abbricht zwischen sich und seinen kapitalistischen Todfeind. Daß es die Scheidelinie zieht zwischen Kapital und Arbeit, und die Lohnstreckspielerei und Kuhhandelei aufgibt, und sich zum entscheidenden Kampfe rüstet.

Achtung! Bibliotheken und Archive!

Noch einige komplette

Jahrgänge 1924

der

Kommunistischen Arbeiter-Zeitung

400 Seiten stark, in tadellosem Einband

zum Vorzugspreise von

15 Mark

zu haben. — Porto u. Verpackung zu Lasten des Empfängers.

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur und Antiquariat
Berlin O 17, Warschauer Str. 49

Politische Rundschau

Der Verfassungsrummel

Da die bestehende parlamentarische Staatsform, die republikanische Verfassung lediglich das Instrument der Massenverdummung, der Ablenkung vom Klassenkampf ist, so wird uns bei der Verfassungsfeier, die am Sonntag, den 9. August, stattfindet, dieses aus der gesamten Politik der verfassungsschützenden Organisaitonen wieder bewiesen. Mit dem größten bürgerlichen Rummel wird die Masse über die Wirklichkeit der kapitalistischen Ausbeutung unter dem Deckmantel der Republik hnweggetäuscht.

Mit folgendem erstklassigen Programm soll das Proletariat für seinen Ausbeuterstaat interessiert werden:

1. Begrüßung aller auswärtigen Kameraden und deren Angehörigen im Gesamtetablissement des Ulap im Landesausstellungspark am Sonnabend den 8. August, nachmittags 3 Uhr; 2. der große Festakt auf der Treptower Festwiese am Volksfeste in 12 Treptower Lokalen am Sonntag nachmittag 4 Uhr. Wir lassen eine Anzahl Bekanntmachungen und Mitteilungen der Reichsbannerleitung folgen, aus denen weiteres zu ersehen ist und die genauester Beachtung empfohlen werden.

Begrüßungsfeier im Ulap am Sonnabend.

Das Reichsbanner hat den gesamten Ulap für Sonnabend, den 8. August, zur Vorfeier des Verfassungs- und großdeutschen Tages gepachtet. Alle Attraktionen werden zu ermäßigten Preisen in Betrieb sein. Der Eintritt ist auch hier den Inhabern des Verfassungsabzeichens unentgeltlich gestattet. Außerdem wird ein wunderbares Feuerwerk abgebrannt werden. Im Ulap findet am Abend die Begrüßung der bis dahin eingetroffenen auswärtigen Kameraden, besonders der deutschösterreichischen Kameraden statt. Hier erfolgt auch die Ausgabe der Quartiere. Aus diesem Grunde ist der Ulap, Eingang Invalidenstraße, auch die ganze Nacht hindurch geöffnet.

Massenparade.

Dann folgt die große Massenparade zum Treptower Park. Das „Reichsbanner" will dort unter buntem Klimmbimm seine militärische Tüchtigkeit zeigen. Außer dem großen Massen-Meeting ist für Ablenkung oder Unterhaltung in jeder Beziehung gesorgt. Alle Lokale der Umgegend sind vom Reichsbanner gemietet worden. Die Republik als Schlaraffenland wird dort aufgeführt. Helmut von Gerlach mimt im großen Kreis den Oberpazifisten und in vielen kleinen Kreisen dienen jedenfalls Topfschlagen und Sackhüpfen zur allgemeinen Volksbelustigung, bis am Abend alle sel'gen Spießer mit Genuß im Ueberfluß und romantischem Feuerwerk in den Traum gelullt nach Hause taumeln.

Ein herrliches Festprogramm! Am Montag können dann die ausgemergelten Proleten in ihrer Zwangsjacke davon weiterträumen bis sie durch die graue Wirklichkeit aufgeschreckt werden.

Hindenburg feiert die Republik.

Der Reichspräsident von Hindenburg wird nicht nur an der im Reichstag stattfindenden amtlichen Verfassungsfeier teilnehmen, er hat auch eine größere Anzahl von politischen Persönlichkeiten, darunter die Reichsminister und die Führer der Fraktionen des Reichstages zu einem Essen in sein Palais geladen.

Da werden nun die gesamten parlamentarischen Vertreter des Kapitals von Rechts bis Links beim Sekt zusammensitzen und über den Schutz der Republik gegen die Revolution beraten.

Was ist die Republik??

Die geeignetste Staatsform für den Kapitalismus.

Was die Amnestie bringt.

Von Seiten der KPD. und SPD. wurden noch einmal die parlamentarischen Bemühungen unternommen, das festgelegte Amnestiegesetz auf längere Strafen, u. a. Zuchthausurteile zu erweitern. Dasselbe wurde, wie nicht anders zu erwarten war von der Regierungsmehrheit abgelehnt. Gegen Revolutionäre gibt es keine Gnade. Dagegen wurde eine Erweiterung auf kriminelle Verbrechen vorgesehen, und zwar für Wucherer und Inflationsschieber. Dagegen stimmten die KPD. und die Völkischen.

Der moderne Sklavenhandel

Die Optanten als Sklaven der Großagrarier.

Die aus Polen ausgewiesenen Deutschen bilden als überflüssige Reservearmeen der Arbeiter den ostelbischen Junkern die billigsten Arbeitssklaven. Die Großagrierer Preußens haben sich sofort ihrer angenommen, gegen produktive Erwerbslosenunterstützung wird ihnen Arbeit und Unterkunft geboten.

500 werden sofort an die Stelle der ausgewiesenen Polen gesetzt. So bilden sie gutes Material bei dem Mangel an willigen Arbeitskräften, die für einen Hungerlohn die Geldsäckel der Großagrarier füllen und gegen die streikenden Landarbeiter. Nichts kommt diesen Kapitalisten besser zu statten als die Verschiebung dieses Menschenmaterials.

Sklavenhandel als Reparationszahlung.

(TU.) **Paris,** 6. August. Nach dem „Journal" hat Arbeitsminister Laval die zuständigen Stellen beauftragt, ein rationelles Sachlieferungsprogramm" auszuarbeiten. Der Arbeitsminister sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß aus nationalwirtschaftlichen Gründen allein die Heranziehung deutscher Arbeitskräfte zu empfehlen sei, von der Einfuhr deutscher Waren und Güter auf Grund des Sachlieferungsprogramms dagegen möglichst abgesehen werden müsse. Nur die Einfuhr von Teer und Pflastersteinen sei günstig für Frankreich. Im übrigen sei die Ausführung folgender Arbeiten durch deutsche Arbeitskräfte vorgesehen: 1. die Trockenlegung eines Zugangskanals bei Le Havre; 2. die Ablenkung des Aisne-Kanals bei Bethune; 3. die Instandsetzung des Rhein-Rhone- und Elsässischen Kanals. Der Handelsminister werde ebenfalls eine Liste der Arbeiten aufstellen lassen, für die sich die Heranziehung deutscher Arbeitskräfte empfehle.

So wird in der Zeit hoher „Kultur" vom Kapitalismus wieder der Sklavenhandel eingeführt. Nichts hilft dagegen als der entscheidende Klassenkampf, der Kampf gegen die Klassenverräter.

Friedrich Engels

(Zu seinem 30. Todestage.)

„. . . Daß die reine Demokratie in Deutschland eine weit untergeordnetere Rolle spielt, als in Ländern älterer industrieller Entwicklung, ist selbstverständlich. Aber das verhindert nicht, daß sie im Moment der Revolution, als äußerste bürgerliche Partei, als letzter Rettungsanker der ganzen bürgerlichen und selbst feudalen Wirtschaft momentan Bedeutung bekommen kann. In einem solchen Moment tritt die ganze reaktionäre Masse hinter sie und verstärkt sie: alles, was reaktionär war, gebärdet sich dann demokratisch. So ist es in jeder Revolution gegangen. Die zahmste, überhaupt noch regierungsfähige Partei kommt mit ans Ruder . . . Jedenfalls ist unser einziger Gegner am Tag der Krise und am Tag nachher die um die reine Demokratie sich gruppierende Gesamtreaktion . . ."

In den letzten Jahren seines langen Lebens schrieb der über siebenzigjährige Friedrich Engels diese Sätze, die eine ernste, von der großen Masse des Proletariats unverstandene Mahnung enthalten. Dem politischen Seher, dem Mahner und Dränger, dem Kommunisten und überzeugten Verfechter der Lehre von der Diktatur des Proletariats als notwendige Uebergangsperiode vom Klassenstaat in den Sozialismus seien darum die nachstehenden Zeilen, aus Anlaß der Wiederkehr seines 30. Todestages gewidmet.

— — — — — — — — — — — —

Friedrich Engels, geboren am 28. November 1820, ist Zeit seines Lebens ein Stürmer und Dränger gewesen, mit 75 Jahren noch ebenso rastlos vorwärtstreibend, wie in den Tagen seiner frühen Jugend, als er das Vaterhaus in Barmen verließ, um Kaufmann zu werden. Er hat es in den 75 Jahren seines unermüdlichen Lernens und Schaffens auf all den zahlreichen Gebieten, die sein rastloser, für alles empfänglicher Geist ergriffen hat, immer verstanden, die strengste Wissenschaft in den Dienst des Lebens zu stellen. Mit aller Begeisterung und Hingebung seiner jugendstarken Kämpfernatur hat er seine Kraft der unterdrückten Klasse geweiht: seine vielfältige Tätigkeit, Geschichte, Sprachforschung, Kriegswissenschaft, politische Oekonomie, sie fand ihre Einheitlichkeit und ihr Ziel in ihrer Hinwendung zum revolutionären Sozialismus. Was er auch immer im ungestümen, nie gesättigten Wissensdrang ergriff, sein Wirken und sein Forschen, seine Tat und sein Erkennen klangen zusammen wie in einem brausenden Akkord — zu einem Leben, das dem um seine Befreiung ringenden Proletariat galt, und das nur eine Aufgabe kannte, dem Proletariat aller Länder seinen Weg zu weisen, den Weg zum Kommunismus.

Auch wer von Friedrich Engels weiter nichts weiß, kennt ihn als den Freund und Kampfgenossen von Karl Marx. In dieser Freundschaft, die sie im gemeinsamen Streben aneinander fesselte zu einem Bündnis, wie die Geschichte kaum noch seinesgleichen hat, hat man wohl Friedrich Engels im Vergleich zu Karl Marx die zweite Stelle zugewiesen. Und Engels selbst hat bescheiden in gelegentlichen Aeußerungen über Marx in ihm das überragende Genie erkannt. Wie tiefbohrend aber der weltumfassende und weltenformende Geist von Karl Marx auch gewesen ist, — es hieße die Beziehungen der beiden Freunde völlig falsch beurteilen, wollte man in Friedrich Engels nur den Handlanger beim Werk von Karl Marx sehen. Nicht nur hat Engels dem im brutalen Sinne des Wortes mit dem Hunger kämpfenden Karl Marx und dessen Familie die materielle Existenz und damit die geistige Arbeit überhaupt erst ermöglicht; er hat ihn vor allem geistig gestützt und in seinem Schaffen gefördert. Der lebhafte Briefwechsel zwischen Marx und Engels, der die vier Jahrzehnte ihrer Freundschaft umfaßt, zeigt, wie Marx bei jedem Problem sich bei Engels Rat holte, wie er jede politische Frage mit ihm besprach und wie oft genug die Anregung für eine der Marxschen Ideen und Arbeiten auf Engels zurückging. Und das schönste Denkmal für diese seine Treue als Mitstreiter und Mitdenker im Dienste des wissenschaftlichen Sozialismus hat ihm Marx selbst gesetzt, als der spröde, mit Gefühlsausdrücken so überaus geizige Mann am Tage der Vollendung des ersten Bandes des „Kapital" an Engels einen Brief voll überströmenden Dankes richtete, weil er allein durch seine nie versagende Hilfe das Erscheinen des Werkes möglich gemacht habe. —

Nicht als ein Jünger und Schüler in der Lehre des wissenschaftlichen Sozialismus steht so Friedrich Engels neben Karl Marx, sondern als sein ebenbürtiger Genosse bei der Begründung der neuen Lehre vom historischen Materialismus und ihrer Ergebnisse auf dem Gebiet der politischen Oekonomie, der Kritik des Kapitalismus. Selbständig, ein jeder für sich, sind beide in den Jugendjahren ihrer geistigen Entwicklung bis an die Schwelle des Sozialismus und Kommunismus gekommen, dessen wissenschaftliche Grundlage ihre gemeinsame Tat war.

Den geistigen Werdegang Engels können wir Schritt für Schritt verfolgen, seit es vor einiger Zeit geglückt ist, seinen Schriftstellernamen aus jungen Jahren aufzufinden. Als Friedrich Oswald hat er, als er kaum zur Klarheit gelangt war, eingegriffen in die Kämpfe der Zeit. Dem Feuerkopf genügte es nicht, für sich selbst ein Ergebnis im geistigen Ringen gefunden zu haben, ihn drängte es, das gefundene Resultat im Handeln zu bewähren. Nachdem er, noch als Lehrling in Bremen, in „Briefen aus dem Wuppertal" sich kritisch von der Enge der Heimat gelöst hatte, gehörte er als Soldat bei der Garde-Artillerie in Berlin bald zu den radikalsten Wortführern in der radikalen Berliner Jugend. Ließ aber der Kreis der Berliner Radikalen es bei revolutionären Worten bewenden, so drängte es Friedrich Engels, mit aller seiner Kraft sich dafür einzusetzen, daß das Wort, die Idee Fleisch wurde. Er fand den Weg von der Idee zur Wirklichkeit, als er nach seiner Berliner Zeit nach England kam. Dort sah er das entsetzliche Elend, das der junge Kapitalismus über die arbeitenden Schichten der Bevölkerung verhängt hatte. Wollte er hier helfen, so mußte er sich viel mehr als bisher der Wirklichkeit zuwenden. Er mußte die Ursachen der Verheerungen, die der Kapitalismus mit sich brachte, erkennen. Und so warf er sich mit dem Ungestüm seines Wissensdranges auf das Studium der englischen Oekonomie und der Erscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft. Die Frucht dieser Studien ist neben anderen kleineren Arbeiten das erste größere, im Jahre 1844 erschienene Werk: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England". Noch heute, nach fast 80 Jahren, erschüttern diese Schilderungen von dem grauenhaften Elend der Proletarier Englands. Hier zeigten sich die unvermeidlichen Folgen der fortschreitenden neuen Wirtschaftsform, des Kapitalismus.

Friedrich Engels hatte mit dem Studium der Oekonomie die Verbindung zwischen Idee und Wirklichkeit gefunden. Er hatte erkannt, daß „das tausendjährige Reich der Freiheit" nur dann Wahrheit werden würde, wenn das Elend, die Ausbeutung beseitigt werden, und daß die Ausbeutung nur aufgehoben werden könne, wenn die Ausgebeuteten sich selbst erheben würden. So war er zu fast der gleichen Erkenntnis gelangt, wie Karl Marx. Und der Weg der beiden mußte der gleiche werden, als sie sich nun fanden. Beide wissen, daß nur der Kommunismus, die revolutionäre, zielklare Bewegung des Proletariats, die Menschheit befreien kann. Inhalt und Ziel der proletarischen Revolution zu erkennen und sie dem Bewußtsein des Proletariats zu vermitteln, das ist die Aufgabe, die sie sich stellten. Unermüdlich, bis zu seinem Lebensende, durch 50 Jahre hindurch, hat Friedrich Engels an dieser Aufgabe gearbeitet.

In Barmen, in Brüssel und Paris agitierte er in den nächsten Jahren unter den Handwerksburschen und Arbeitern für den Kommunismus. Seinen Bemühungen vor allem ist es zu verdanken, daß 1847 in London der „Bund der Kommunisten" zusammenkam, dessen Tagung das Kommunistische Manifest seine Entstehung verdankt. An seiner Ausarbeitung ist er wesentlich beteiligt. Seine „Grundsätze des Kommunismus", noch heute zur Einführung durch ihre Form: Frage und Antwort, trefflich geeignet, dienen dem Kommunistischen Manifest als Grundlage. Während der Revolution von 1848 ist Engels neben Marx Redakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung" in Köln, des radikalsten und glänzendsten Blattes der deutschen Revolution. Engels behandelte vor allem die äußere Politik. Seine Aufsätze, von Mehring im „Nachlaß" herausgegeben, kennzeichnen scharf die Probleme, vor die sich die Revolution in Fragen der äußeren Politik, der polnischen, der slavischen, italienischen und ungarischen Frage gestellt sah.

Am Ende des Jahres wandert er, vor der preußischen Polizei flüchtend, nach Frankreich. Und er, der eben noch im revolutionären Kampfe in den vordersten Reihen gestanden hatte, erfreut sich jetzt an der französischen Landschaft und am französischen Wein. Das ist der heitere, lebenslustige Engels, der das Leben im Kampf und im Genuß packt und festhält, wo immer er seiner ungestümen Tatkraft und seiner genießenden Freude Genüge tun kann. Dann wieder, ein paar Monate später, steht er von neuem mitten im Kampfgetümmel. In der Reichsverfassungskampagne 1849 hat er zu den Waffen gegriffen, er macht den ganzen badischen Feldzug mit. Nach der Niederlage der Revolution arbeiten er und Marx in England. Und nun begannen die Jahre des Ausreifens, der Ernte. Es ist die Zeit, da sie an die Ausarbeitung ihrer Erkenntnisse gehen, da Marx die „Kritik der politischen Oekonomie" und das „Kapital" schreibt. Nach Jahren des Rückganges blüht in der Internationalen Arbeiter-Assoziation, der vom Geiste ihres Gründers und Lenkers Karl Marx durchglühten Ersten Internationale, die Arbeiterbewegung wieder auf. Es ist die Zeit, da 1870 die deutsche Sozialdemokratie entsteht und sich über Verfolgungen und Ausnahmegesetze hinweg zu einem mächtigen Gebilde entwickelt. Engels steht überall in der wissenschaftlichen Arbeit wie in der organisatorischen Tätigkeit, neben Marx an erster Stelle. Wo immer Gefahr ist, daß die Bewegung vom revolutionären Wege des historischen Materialismus abgleiten kann, in das abgestandene und faulige Sumpfgewässer des Reformismus und Opportunismus, da springt er als scharfer, rücksichtsloser Kritiker, als geduldiger Berater und Pfadweiser in die Bresche. Zum Gothaer, wie zum Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie hat er scharf seine Bedenken geäußert. Dem Proletariat hat er in dem Büchlein „Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie", die geistigen Fundamente niedergelegt, auf denen er seine Lehre aufbaut. In „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" hat er der deutschen Arbeiterschaft, die durch Dühring und ähnliche „Sozialisten" in Verwirrung zu geraten drohte, das ganze Gedankensystem des wissenschaftlichen Sozialismus aufgezeigt. Auch in seinem Buche über den „Ursprung des Privateigentums, der Familie und des Staates" weist er nach, wie Privateigentum, Staat und Familie — vom Bürger als ewig und unabänderlich hingenommen — Produkte der in Klassen zergliederten Gesellschaft sind, wie der scheinbar über den Klassen stehende Staat in Wahrheit das Werkzeug der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der beherrschten ist, und wie er mit dem Privateigentum verschwinden wird, wenn das im Staat zur Macht gekommene Proletariat die Klassengegensätze aufheben und die klassenlose Gesellschaft verwirklichen wird.

Das Werk von Friedrich Engels gehört der Revolution des Proletariats aller Länder, wie sein ganzes Leben ihr gehört hat. Mag das revolutionäre Proletariat, das vor der gewaltigen Aufgabe steht, den Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat werden zu lassen, sich an dem überreichen, unerschöpflichen Leben Friedrich Engels, an dem nie müde werdenden, nie verzagenden Kämpfer ein Beispiel nehmen.

Theorie und Praxis

Die aktive Steuerpolitik der KPD.

Um den Proletariern, die der KPD. nachlaufen, den wirklichen politischen Charakter derselben zu zeigen, ist es notwendig, ihre scheinrevolutionäre Theorie der parlamentarischen und konterrevolutionären Praxis gegenüberzustellen. Nicht an den schönen klingenden Worten, sondern an ihren Taten sollt ihr sie erkennen.

Ein Beispiel liefert die vielbesprochene kapitalistische Ausbeutung durch das neue Steuergesetz. Neubauer sagt darüber im Leitartikel der „Roten Fahne" vom 6. August folgendes:

„Man darf ja überhaupt nicht den Steuerraub für sich allein betrachten. Er ist doch nur ein Teil des kapitalistischen Apparates zur Ausbeutung und Unterdrückung der Massen. Darum ist es auch sinnlos, im kapitalistischen Staate von „gerechten" Steuern zu reden, wie es die SPD. tut. Nach Meinung der Sozialdemokraten sind die Steuergesetze in England, das Verhältnis von Besitzsteuern und Massensteuern „gerechter" als in Deutschland; an ihrer „Gerechtigkeit" begeistert sich jeder SPD.-Redner. Das System der Massenausplünderung ist dort nur ein anderes als in Deutschland; die Tatsache der Ausplünderung aber ist dieselbe. Das empfinden die britischen Arbeiter um so mehr, je rascher die kolonialen Extraprofite ihrer Bourgeoisie zusammenschrumpfen."

Das bedeutet, daß die Steuern, die mit dem kapitalistischen Staat eng verbunden sind, unabhängig vom Willen des Proletariats von den herrschenden Klassen bestimmt werden, solange dieselben die Macht haben, solange der Kapitalismus herrscht. Nicht das Kapital, sondern die produzierende und zu 90 v. H. konsumierende Arbeiterklasse bringt die gesamten Steuern auf. Die auf den Gütern der besitzenden Klasse ruhenden Steuerlasten werden nie den Profit des Kapitals schmälern. Sie werden als Betriebsunkosten durch die gesteigerte Ausbeutung und die Preissteigerung wieder vom Proletariat aufgebracht.

Darauf muß jeder Proletarier und Leser der „Roten Fahne" den Widerspruch der KPD. in ihrer revolutionären Parlamentstätigkeit begreifen, die auf der 2. Beilage derselben Zeitung von Höllein aufgezeigt wird und die Koenen im Reichstag vertritt. Von dem, was Höllein als aktive Politik der KPD. betrachtet, hält er der SPD. folgendes vor:

„Wer hat im Aeltestenrat sich von Anbeginn an mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit für eine gründliche sachliche Durchberatung aller Steuergesetze eingesetzt? Die Sozialdemokraten oder die Kommunisten? Waren nicht die Sozialdemokraten von Anbeginn an bereit, den Steuerräubern in bezug auf die Beschränkung der Redezeiten der Steueropposition die weitestgehenden Konzessionen zu machen? Haben dies nicht ausschließlich die Kommunisten verhindern müssen? Und haben die Sozialdemokraten sich nicht schon beim Einkommensteuergesetz dem Willen der Kommunisten, die unter allen Umständen für eine gründliche Beratung des Gesetzes eintraten, eine starke passive Resistenz entgegengesetzt? Wer hat beim Körperschaftssteuergesetz und beim Vermögens- und Erbschaftssteuergesetz der stärksten Zusammenfassung der Diskussionsabschnitte mit das Wort geredet? Die Sozialdemokraten oder die Kommunisten? Haben die Kommunisten gegen diese Sabotageversuche der SPD. nicht den schärfsten Kampf führen müssen?"

Wie sieht nun diese aktive Politik bei der Steuerfrage aus? Wir lassen das Steuerprogramm der KPD., nachdem wir festgestellt haben, daß die Befreiung von den Steuerlasten nur mit dem Sturz des Kapitalismus verknüpft ist, folgen:

a) Beim Einkommensteuergesetz.

1. Auf Aufhebung des Ausnahmegesetzes der Lohnsteuer und auf Gleichstellung der Lohn- und Gehaltsempfänger mit den veranlagten Einkommensteuerpflichtigen.
2. Auf Einräumung eines steuerfreien Existenzminimums von 3000 Mark für einen Ledigen und pro unterhaltenen Familienangehörigen um je 400 Mk. ansteigend bis zur Gesamthöhe von 6000 Mark.
3. Nach Ablehnung dieses Antrages auf Einräumung eines Existenzminimums von 1200 Mk. und später sogar 1000 Mk., trotzdem vor dem Kriege 1500 Mk. als steuerfreies Existenzminimum gegolten haben.
4. Auf Bemessung der Werbungskosten und der abzugsfähigen Sonderleistungen auf je 300 Mk. jährlich und später sogar von 250 Mk. jährlich.
5. Auf scharfe progressive Heranziehung der hohen Einkommen bis 100 000 Mk. und Einziehung der Einkommensteile über 100 000 Mk.
6. Auf Wiederinkraftsetzung des Erzbergerschen Kapitalertragssteuergesetzes.
7. Auf Festsetzung der Rückerstattungspflicht der Finanzämter für zuviel einbehaltene Lohnsteuern bei Beträgen über 1 Mk. im Jahr, während nur Beträge über 5 Mk. zurückgezahlt werden sollen.

b) Beim Körperschaftssteuergesetz.

8. Auf Wiedereinführung der 10prozentigen Sondersteuer auf die ausgeschütteten Gewinne der Erwerbsgesellschaften.

c) Beim Vermögenssteuergesetz.

9. Auf scharfe Erfassung der großen Vermögen mit Steuersätzen bis zu 10 v. H. bei Vermögen über 10 Mill. Mark.
10. Nach Ablehnung dieses Antrages auf Wiedereinführung der Steuersätze aus dem Gesetz für 1922, die als Ersatz für das unerhoben gebliebene Reichsnotopfer dienen sollten.

d) Beim Erbschaftssteuergesetz.

11. Auf Beschränkung auf zwei Steuerklassen und Aufhebung des Erbrechts für entfernte Verwandte.
12. Auf scharfe Erfassung der hohen Erbschaften und Einziehung aller Beträge über 500 000 Mark.

c) Beim Reichsbewertungsgesetz.

13. Auf Besteuerung des landwirtschaftlichen Vermögens nach dem Ertragsfähigkeitswert.
14. Auf Berichtigung des Ertragswertes der buchführenden landwirtschaftlichen Betriebe nach dem ermittelten Ergebnis bei nichtbuchführenden Betrieben.
15. Nach sozial gerechterer Zusammensetzung der Bewertungsausschüsse unter Ausschaltung der Großagrarier und Heranziehung der Klein- und Mittelbauern und der Landarbeiter.
16. Auf Bewertung von Luxusgeländen nach dem gemeinen Wert statt nach dem nachhaltigen durchschnittlichen Ertragswert. usw."

Nachdem wir diese zwei Seelen der KPD.-Politik gegenübergestellt haben, erübrigt es sich, noch weiter darauf einzugehen.

Die Schlußfolgerung tritt jedem Klassenkämpfer sofort vor die Augen. Solcher Kulissenpolitik muß der schärfste Kampf angesagt werden.

Das Mietsteuergesetz angenommen

Der Staat braucht bei dem ständigen Steigen der Wirtschaftskrise unbedingt einen Kapitalsausgleich. Ein Steuergesetz nach dem andern wird zur Durchführung gebracht.

Nun ist nach üblichem Hin- und Herberaten im Parlament auch die Mietsteuer geregelt worden. Das Gesetz sieht vor, daß die Steuer, bei einer Miete von 100 v. H. der Friedensmiete, bis zu 30 v. H. beträgt. Es gewährt bei der Erhöhung der Mietsteuer auf den Wohnbau, als auch der fiskalischen Zwecke und die Anteile der Hausbesitzer ein unbegrenztes Steigen der Mieten.

Alle Verschönerungsanträge der Sozialdemokratie, wie überhaupt der parlamentarischen Linksparteien wurden durch Mehrheitsbeschluß abgelehnt. Angenommen wurde nur ein Antrag des Zentrums, wonach die Mieten am 1. April 1926 100 v. H. betragen sollen.

Die SPD. und KPD. mögen sich mit ihrem flaumweichen Oppositionsgeist noch so gut in den Vordergrund rücken, um sich bei den Wählermassen in Erinnerung zu bringen, hinter ihrem aufgeblähten Mantel schreitet die rauhe Wirklichkeit der Ausbeutung ruhig und ungehindert fort. Und wenn der „Vorwärts" am 6. August dazu schreibt:

„Wahrlich, niemals sind Wähler so getäuscht worden, wie diejenigen, die im Vertrauen auf Rettung aus Not und Elend ihren schärfsten Bedrückern in den Sattel geholfen haben!"

Wir sagen den verdummten und enttäuschten Massen, die zur Wahlurne liefen, dieser Ausspruch verdient mit allen Vertretern im Parlament, einschließlich der SPD. oder KPD. in Verbindung gebracht zu werden. Solange die Proletariermassen auf den Parlamentarismus als Ort der Volksbeglückung hoffen, werden ihnen die Enttäuschungen nicht gespart bleiben.

Auch im Zentrum liegt der Boden für die Einheitsfront der KPD.

In Düsseldorf tagte eine Bezirkskonferenz der katholischen Arbeitervereine. Sie nahmen u. a. auch zu den Zollfragen Stellung und sprachen sich gegen dieselben aus, (natürlich nur in ihrem Sinne). Als ihre Willenskundgebung wurde an die Reichstagsfraktion ein Telegramm geschickt:

„Die katholische Arbeiterschaft hält eine weitere Belastung des täglichen Bedarfs durch Zölle für untragbar."

Die KPD., die nach Wegbegleitern sucht, ganz gleich, welche Grundlage des Kompromisses sich ergibt, mußte natürlich diesen Funken entdecken. Sagt doch Th. Neubauer am 6. August in seinem Leitartikel der „Roten Fahne" folgendes:

„Jedem sozialdemokratischen Arbeiter, jedem Zentrumsarbeiter, der über die drückenden Steuern und unerhörten Zölle empört ist, muß gesagt werden, daß die Kommunisten bereit sind, innerhalb und außerhalb des Parlaments mit jedem zusammen zu kämpfen, der bereit ist, ernstlich und mit wirklichen Kampfmitteln gegen die Steuern und Zölle Front zu machen. (Was diese ernstlichen Kampfmittel bedeuten, an anderer Stelle.)

Es erweitert ja den Rahmen der Einheitsfront. Also weiß die „Rote Fahne" vom 6. August den Faden aufzugreifen und folgendermaßen auszuspinnen:

„Diese Resolution ist ein weiteres Zeichen für die wachsende Empörung in den Reihen der Zentrumsarbeiter. Eine von den freien Gewerkschaften tatkräftig durchgeführte außerparlamentarische Aktion gegen die Zollwucherer würde nicht nur große Massen der Zentrumsarbeiter mitreißen, sondern sie weiterhin an die freigewerkschaftliche Fahne fesseln. Nur weil diese außerparlamentarische Aktion der freien Gewerkschaften noch fehlt, können die Zentrumsführer gegen den Willen ihrer Arbeiterwähler handeln und sich für die Zustimmung zum Zollwucher einen weiteren Ministersessel versprechen lassen.

Arbeiter, dringt beim ADGB. auf wirkliche Kampfmaßnahmen!"

Der Weg der KPD. ist, wie wir sehen, ein Weg von Etappen, der langsam aber sicher die große Koalition von links bis rechts feststellen wird, wenn sich Berührungspunkte zwischen zwei entgegengesetzten Welten finden lassen. In diesem Sumpfe wird alles Gewürm einen realen Boden finden können, nur nicht die revolutionäre Klassenkampfpolitik. — Der hat man ja aber auch längst den Rücken gekehrt.

Die Republik ernährt ihre Fürsten.

Schon vor Jahren führte der braunschweigische Herzog den juristischen Kampf um seine während der Novembertage verlorenen Güter, und das mit dem besten Erfolg. Der braunschweigische Landtag mit seiner linken Regierung tat dabei „seine Pflicht".

Jetzt hat der thüringische Landtag sich auch nicht lumpen lassen. Es sind mehrere Millionen zur Aufwertung der fürstlichen Güter bewilligt worden. Da bekommt der Herzog Ernst von Sachen-Altenburg eine große Summe davon.

So werden die geschädigten notleidenden Monarchen, zu denen auch die Familie Wilhelm gehört, von der Republik wohl versorgt.

Das Leben ist nur im Suff zu ertragen

In Nr. 60 gaben wir eine Meldung der TU. weiter, daß die Gesundheit der Abgeordneten des Reichstages so bedenklich herunter sei, daß Herr Dr. med. Moses bei seinen Parlamentskollegen täglich 8—9 Schwächeanfälle zu behandeln habe. TU. meinte, daß dies auf die lange Arbeitszeit im Parlament zurückzuführen sei, die oft bis zu 14 Stunden täglich betrage.

Das mit den „Schwächeanfällen" wird schon stimmen, nur die Geschichte mit der langen Arbeitszeit muß seinen Haken haben. Die in den Fragen der agrarischen und schwerindustriellen Abgeordneten sehr objektive „DAZ." der Stinnes sel. Erben berichtet nämlich tags darauf in einem Artikel über die Steuerdebatte im Reichstag mit der Ueberschrift: „Vor fast leerem Hause":

„Während dieser Ausführungen ist der Saal so gut wie leer. Die Tribünen weisen einen viel besseren Besuch auf und die amerikanische Studienkommission, die, wie an anderer Stelle berichtet, am Vormittag vom Reichskanzler empfangen worden war, befindet sich auf der Tribüne und ist leider Zeuge des beschämenden Schauspiels, das die Leere des Reichsparlamentes bietet."

Die amerikanische Studienkommission scheint sich mit den vollbesetzten Tribünen nicht nur über die „Leere des Hauses" amüsiert zu haben, sondern auch über die Leere der Köpfe der wenigen anwesenden Parlamentarier im Saal und Mehrzahl im Restaurant.

Nämlich wieder tags darauf sah sich der Präsident des Reichstages veranlaßt, von der öffentlichen Reichstagstribüne herab bekannt zu geben,

daß sich die Mitglieder des hohen Hauses während der Sitzung übertriebenem Alkoholgenuß hingeben.

Krambambuli! Waren nun die „Mitglieder des hohen Hauses" so besoffen, daß sie aus dem Restaurant nicht mehr in den Sitzungssaal fanden, oder konnten die mit den „Schwächeanfällen" im Sitzungssaal, die Herr Dr. Moses gerade „behandelte", nicht mehr bis zur Teke?

Jedenfalls weist das deutsche Parlament zwei Fehler auf. Erstens müßte Sitzungssaal und Kneipe eins sein, um das „Schauspiel der Leere" zu vermeiden, und zweitens haben wir zu wenig Schupo. Diese reichte nur aus, zwei „Mitglieder des hohen Hauses" aus dem Saal zu führen, Jadasch und Höllein, während die übrigen im „Schwächezustand" in der Obhut des Dr. Moses — liegen blieben.

Wirtschaft

Die Krise im englischen Bergbau

Unsere Voraussage in Nr. 61, die wir in dem Artikel unter obiger Ueberschrift machten, hat sich schneller erfüllt, als man annehmen konnte. Noch während wir die Situation in England beschrieben, begann, was wir als Wirkung voraussagten. Es zeigt sich immer wieder, daß die Dinge auch dort ihre Logik haben, wo sie den Menschen mangelt.

Loyd George griff die finanziellen Zugeständnisse, die die Regierung dem Bergbau gemachte hat, sämtlich an und erklärte, wohl mit Recht, daß niemand sagen könne, ob die Kosten zehn oder zwanzig Millionen Pfund betragen würden. Eine wahnsinnigere Verpflichtung könne in keinem zivilisierten Lande jemals eine Regierung übernehmen, und Bergarbeiter, Bergwerksbesitzer und Oeffentlichkeit, behauptet er, seien überzeugt, daß die Regierung die Lage völlig falsch behandelt habe. Wäre die Regierung nicht völlig überrascht worden, dann könnte sie nie zu einem solchen unsinnigen Beschluß gekommen sein. Der Finanzminister hatte (auf dem Papier!) eine Ersparnis für das laufende Wirtschaftsjahr (1925/26) von 10 Millionen Pfund Sterling versprochen. Die Regierung hat nämlich noch für den Ausbau der Flotte große Summen ausgeworfen und die Pensionen erhöht. Aber schon allein die Staatsunterstützung für den Bergbau hat den Etat über den Haufen geworfen. Statt des Ueberschusses ist sicher ein Defizit zu erwarten. Die Folge wird die Anziehung der Steuerschraube sein, die Belastung der Wirtschaft und die Zerstörung weiterer Kaufkraft, die sich notwendig wieder am Bergbau auswirken muß.

Das Ansehen des Ministerpräsidenten Baldwin hat einen schweren Schlag erlitten. Seine vermeintliche weitsichtige Politik, durch eine Staatsunterstützung an den Bergbau einer Radikalisierung der Arbeiterschaft vorzubeugen, und den Wirtschaftsfrieden zu fördern, wird allseitig als ein Fiasko erkannt, als ein Experiment, daß gegenteilige Folgen haben müsse, wenn es zu verwirklichen wäre.

Der Sekretär der Bergarbeiter, Cook, erklärte, daß der Kampf jetzt erst beginne. Es sei ein Waffenstillstand geschlossen worden; aber die Arbeiterschaft solle sich nicht darüber täuschen, daß während der nächsten neun Monate, während der Zeit also, die für die Arbeit der Kommission vorgesehen ist, Dinge auf dem Spiele ständen, die über reine Lohnfragen hinausgingen. Sie müsse ihr Interesse der Industrie im ganzen zuwenden und sei im Begriffe, die Industrie zu übernehmen. Das von den Gewerkschaften gebildete Sonderkomitee für die Behandlung des Bergarbeiterkampfes hat sich nicht aufgelöst, sondern eine Erklärung herausgebracht, in der ausgeführt wird, daß das Komitee in den nächsten Monaten neuen großen Aufgaben gegenüberstehen werde. — Die „Uebernahme der Industrie" durch die Arbeiter ist ein Ablenkungsmanöver der in die Enge getriebenen Gewerkschaften. In Wales streiken 20 000 Bergarbeiter gegen den Willen der Führer, es sind blutige Zusammenstöße mit der Polizei erfolgt. Die Rebellionen gegen die Gewerkschaften nehmen kein Ende. Deshalb der Radikalismus. Einer Uebernahme der Produktion durch das Proletariat stehen die Gewerkschaften ebenso im Wege wie der Staatsapparat mit seiner Soldateska.

Der englische Innenminister hat die Situation durchaus begriffen. Ohne von der Rede Cooks und dem Vorgehen des „Sonderkomitees" unterrichtet zu sein, vielmehr zu gleicher Zeit hielt er eine großangelegte Rede gegen den Kommunismus. Wie er ausführte, bleibe die Generalstreikgefahr trotz der Staatsunterstützung an den Bergbau weiter. Im Anschluß daran stellte er die Alternative, der England gegenüberstehe: **„Entweder Arbeiterräte oder Parlament".** Man müsse ferner der Tatsache ins Gesicht sehen, die auch der Premierminister den Arbeitern gegenüber zum Ausdruck gebracht habe: Entweder die Löhne müssen herunter oder die Arbeitszeit müsse verlängert werden. Das klingt so, als sei die Regierung entschlossen, zum Kampfe zu rüsten, und zwar unter der Parole: Kampf gegen den Kommunismus. Die Staatsunterstützung, die Herr Baldwin in seiner größten Not zusagte, ist nur für einen Waffenstillstand gedacht, während dessen das Kapital seine Waffen schärft und neue schmiedet. Die schärfste Waffe des Kapitalismus sind die Gewerkschaften, mit denen es die Proletarier in Schach hält und zermürbt.

Die Stillegungen der Ruhrindustrie

Wir entnehmen hierzu dem „Vorwärts" vom 6. August folgende Meldungen:

Das Landesarbeitsamt für Westfalen und Lippe, Abteilung Bergbau (gemeinsame Fachabteilung für den gesamten rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau) in Bochum, teilt mit, daß am 15. Juli die Zahl der arbeitsuchenden Arbeiter bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets 9119 Mann betrug. Darunter befinden sich 6703 Hauptunterstützungsempfänger, 2976 Ledige und 6143 Verheiratete. Gegenüber der am 15. Juni festgestellten Zahl ist eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl innerhalb der Bergarbeiterschaft um 44 Prozent eingetreten. Diese Zunahme ist einmal auf die Vermehrung der Entlassungen und dann auf die verminderten anderweitigen Unterbringungsmöglichkeiten zurückzuführen. Zu beachten ist, daß in den genannten Zahlen vom 15. Juli noch nicht die an diesem Tage zur Entlassung gekommenen Arbeiter enthalten sind. Die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter im Ruhrbezirk Anfang August dürfte sich schätzungsweise auf 15000 Mann stellen. Eine weitere erhebliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau ist mit Sicherheit im Monat August zu erwarten, da bisher zum 15. August Entlassungen in einem Ausmaß von rund 13000 Mann angekündigt worden sind.

Hierzu meldet Mtb. aus Essen: Die Gewerkschaft Vereinigte Gibraltar-Erbstollen sieht die Stillegung des Betriebes zum 15. August vor, wodurch etwa 330 Mann brotlos werden. Umfangreiche Betriebseinschränkungen haben auch die Rheinischen Stahlwerke für Mitte des Monats in Aussicht genommen. So soll die Zeche Brassert ihre Belegschaft um 450 Mann, die Zeche Zentrum um 600 Mann zu vermindern gedenken, während auf den staatlichen Zechen in Gladbeck bis Oktober sogar 750 Mann abgebaut werden sollen. Bei der Aktiengesellschaft für Hüttenbetriebe in Duisburg-Meiderich muß infolge der ungünstigen Lage auf dem Roheisenmarkt ein weiterer Hochofen stillgelegt werden, weshalb 200 Arbeiter zum 15. August ihre Kündigung erhielten. Das Baroper Walzwerk hat 500 Arbeiter entlassen. Wie aus Dortmund gemeldet wird, will die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G., Abteilung Dortmunder Union, ab 1. September die Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten um eine halbe Stunde verlängern. Andere Dortmunder Werke beabsichtigen die gleiche Maßnahme zu treffen.

Diese Erscheinungen sind nicht allein zwangsläufige Zusammenbrüche, sondern wie eine folgende Meldung zeigt zum Teil ganz systematisch eingeleitet:

Gekauft und stillgelegt.

Das mitteldeutsche Braunkohlensyndikat hat die niederschlesischen Braunkohlengruben der Firma Henckel-Donnersmarck angekauft und sofort nach Ankauf stillgelegt und zwar offenbar für dauernd, da die Grubeneinrichtungen zum Abbruch verkauft werden. Woraus man schließen muß, daß Stillegungen sich rentieren, hauptsächlich wegen Ausschaltung der Konkurrenz oder Verringerung der Nachfrage. **Der Staat aber sieht diesem Vernichtungsfeldzug ungeheurer Bodenschätze gleichgültig zu — sofern er nicht die Zechenbesitzer noch entschädigt."**

Die Betriebe werden geschlossen weil sie für den Weltmarkt im Augenblick ausgeschaltet sind. Wenn sie laufen, sind sie zum Teil mit Verlust aufrecht zu erhalten. Sie werden systematisch geschlossen, um vom Staat Zuschüsse zu erzielen, und um auf der anderen Seite den Versuch zu machen den Weltmarkt wieder zu regulieren, was bei den gesamten Verhältnissen der kapitalistischen Entwicklung ein Unsinn ist.

Ebenso unsinnig ist jedoch, zu glauben, daß der Staat gegen diese kapitalistische Selbstvernichtung vorgehen könnte oder würde. Der Staat ist nur das Werkzeug des Kapitals und nicht umgekehrt.

Japans Vordringen auf dem Weltmarkt

Während die europäische Industrie mit der Anfertigung von Waffen und Munition beschäftigt war, fertigte man in Japan Waren und versorgte den Weltmarkt. Wo die europäischen Waren wegblieben, drang Japan vor. Dieses Vordringen hält bis auf den heutigen Tag an. Den größten Fortschritt hat die japanische Industrie nach dem Kriege gemacht. In großen Teilen Chinas und anderer Länder des Ostens ist die japanische Industrie dank ihrer geographischen Lage, der ernteste Konkurrent Europas und auch schon Amerikas geworden.

Die japanische Emaille-Industrie ist auf dem besten Wege, die europäische Industrie ganz aus dem Osten zu verdrängen. Der chinesiche Markt nimmt fast nur japanische Emaillewaren auf. Indien wird zu 20 Prozent von Japan beliefert. In Ostafrika hat diese Industrie stark Fuß gefaßt. In einzelnen Artikeln, z. B. Reistellern, die im ganzen Osten einen Hauptandelsartikel bilden, hat die japanische Industrie den Markt fast völlig an sich gerissen. In Zement ist Japan dem besten europäischen Portland- und Eisenportlandzement ebenbürtig und verdrängt die Konkurrenz immee mehr. Auch Spielwaren, obwohl Japan hierin noch wenig gutes leistet, beginnt den Markt zu erobern.

Besonders in der Mandschurei und Nordchina werden alle die Waren aus Japan gekauft, die früher aus Europa bezogen wurden: Bier, Emaillewaren, Eisenwaren, Textilwaren. Dampfer aus Japan brauchen 1—2 Tage, während die aus Europa 1—2 Monate gebrauchen. Ein ungeheurer Vorteil in Fracht- und Zinsenersparung und in dem Hereinbekommen der Kasse.

Ein weiteres wichtiges Gebiet, wo der japanische Handel den europäischen zu verdrängen beginnt, ist Holländisch- und Britisch-Indien. Sogar in Australien beginnt die japanische Ware sich durchzusetzen, wo doch der Haß gegen die „gelbe Rasse" besonders groß ist. Im Osten hat die japanische Industrie ein besonders leichtes Arbeiten, weil sie sich dem Geschmack der Eingeborenen leicht anzupassen versteht.

Einen großen Vorteil hat der japanische Export durch die Regierung. Nicht nur durch finanzielle Hilfe. Während und kurz nach dem Kriege, als der Warenhunger besonders groß, die japanische Industrie aber erst in den Anfängen ihrer Ausdehnung für den Weltmarkt war, wurde viel Schund geliefert. Um das Ansehen der japanischen Waren zu heben, übt die Regierung eine Kontrolle aus und läßt nur einwandfreie Waren aus dem Lande. Der Versand nach dem Auslande darf erst geschehen, wenn die Kontrollkommission den Kisten einen Stempel aufgedrückt hat.

Ein Absatzgebiet nach dem andern geht der europäischen Industrie verloren. Aus Abnehmern werden Konkurrenten. Nicht nur die Kolonien werden von den Ländern des alten Kapitalismus abgeschnitten. Der Kolonialkapitalismus beginnt seine Waren nach Europa zu senden. Das Blättchen beginnt sich zu wenden. Ungeheure Naturkräfte und Rohstoffe, leicht abbaubare Kohlen- und Eisenlager und eine neue moderne Industrie wird gegen den alten Kapitalismus eingesetzt. Die Arbeitslosenheere in Europa beginnen sich zu mehren. Nur ein Teil der europäischen Arbeiter werden das „Glück" haben, zum Kuli der Kulis zu werden. Die Masse wird in Not und Elend aufgerieben werden, wenn sie sich nicht auf ihre Kraft besinnt und dem Kapitalismus den Todesstoß versetzt.

A u s l a n d

Kapitalistische Offensivmaßnahmen

Blutige Streikunruhen in Wales.

In Ammanford in Wales kam es im Laufe der letzten Nacht zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und der Polizei. Um 11 Uhr abends marschierten etwa 500 Streikende zu dem Schacht Nr. 2, um dort zwei Leute zu befreien, die als Sicherheit von der Grubenverwaltung zurückgehalten wurden. Hierbei kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, die im Laufe des sich entspinnenden Kampfes erheblich verstärkt wurde. Nicht weniger als 106 der streikenden Bergarbeiter und 12 Polizisten sind verletzt worden. Von beiden Seiten wurden wütende Angriffe mit Steinen oder mit Gummiknüppeln unternommen. Kurz nach Beginn des Zusammenstoßes schien es, als ob die verhältnismäßig schwache Polizeimannschaft von den Streikenden überwältigt werden würde. Im letzten Augenblick eilten jedoch auf Kraftwagen Verstärkungen herbei, und ihren wiederholten Angriffen gelang es, nach mehrstündigem Kampf die Mauer der Streikenden zu durchbrechen und sie zu zerstreuen.

Wir sehen wie sich das Kapital rücksichtslos mit Geiseln sichert, und wie es durch die Polizei mit Gewalt bei seinen Maßnahmen geschützt wird. Das Kapital führt keine illusionären Lohnkämpfe, sondern politische Kämpfe.

Ortsgruppen! Bezirke!

Rüstet zur kommenden

Zentral-Ausschuß-Sitzung

die Ende August stattfindet! Sendet Material und Anträge ein. Rechnet Pflichtbeiträge ab.

Der Streik als Profitaktion der Unternehmer

Der Pressedienst des amerikanischen Gewerkschaftsbundes veröffentlich einen Bericht über das Verhalten der Unternehmer in der Hartkohlenindustrie, der die Lage von einem neuen Gesichtspunkt aus beleuchtet und angesichts ähnlicher Verhältnisse in anderen Ländern von allgemeinem Interesse ist. In der Meldung heißt es u. a.:

„Die Bergarbeiter der Hartkohlengruben verlangen für die Arbeiter über und unter Tage eine Lohnerhöhung. Trotzdem bereits einmal vorgeschlagen wurde, gegen die Hartkohlenindustrie, die eine Art Monopolstellung einnimmt, wegen zu hoher Preise gerichtlich vorzugehen, wollen die Unternehmer die Löhne herabsetzen, um angeblich „die Geschäftslage zu verbessern." Die hohen Gewinne der Hartkohlenproduzenten deuten aber darauf hin, daß es um die Anthrazitindustrie gar nicht so schlecht bestellt ist.

Im Hinblick auf die Lage im gegenwärtigen Augenblick sind die Aussagen von Beamten der Anthrazitkohlengrubenarbeiter der Vereinigten Bergarbeiter besonders bezeichnend, wonach die Grubenbesitzer der Hartkohlenindustrie bewußt einen Streik herbeizuführen versuchen, um auf diese Weise ihre Vorräte, die sich ihren Schätzungen zufolge auf etwa 10 Millionen Tonnen belaufen, zu guten Preisen loszuwerden. Trotzdem das soeben angegebene Vorratsquantum wohl zu hoch angesetzt ist und sich zum Teil aus groben Kohlensorten zusammensetzt, die von den großen Massen der Hartkohlenkonsumenten nicht verlangt werden, würden die Grubenbesitzer bei einem eventuellen Streik und einer Erhöhung der Preise auf etwa 1 Dollar pro Tonne auf Kosten des Publikums schöne Gewinne erzielen. Was die Lage auf dem Weichkohlenmarkt betrifft, so sind die Vorräte sehr gering, und jeder Streik würde die Allgemeinheit in Mitleidenschaft ziehen."

Ganz systematisch drückt das Kapital die Löhne zurück. Wenn die Lohnverhandlungen nicht angenommen werden, folgt Aussperrung und Streik, bis die überfüllten Lager gegen hohe Gewinne geleert sind:

Atlantic City, 6. August. (WTB.) Die Lohnverhandlungen zwischen den Besitzern der Anthrazitbergwerke und den Bergleuten wurden ergebnislos abgebrochen, da sich die Bergarbeiter weigerten, den Vorschlag der Bergwerksbesitzer anzunehmen, den Streik einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Gegen diese Unternehmeraktion sind die Gewerkschaften vollkommen hilflos. Sie können nichts als die Arbeiter zermürben lassen und sie dann wieder in die Betriebe hineinjagen. Die eingesetzten Schiedsgerichte und die Verhandlungen sind dann dazu da, über die gesamte Aktion den Schleier zu decken.

Wie dieser Fall in Amerika, so sind auch bei uns tausende ähnliche Fälle zu beobachten.

Marokkokämpfe

Hilfe der Rifkabylen.

Nach verschiedenen offiziellen Meldungen haben die Scheichs dreier Stämme der Kabylen auf einer Konferenz, die in Algier stattfand, beschlossen, die Souveränität Abd el Krims anzuerkennen und den Kampf gegen die Franzosen und Spanier sofort wieder aufzunehmen. Damit hat die Macht Abd el Krims eine neue Stärkung erfahren.

Ein Ultimatum.

Frankreich und Spanien haben Abd el Krim eine Aufforderung zukommen lassen, wonach er sich bis zum 15. August über Krieg und Frieden zu entscheiden habe. Falls keine Antwort bis zu diesem Zeitpunkte eintrifft, werden die Operationen beginnen und die Spanier werden an verschiedenen Punkten der Küste Truppenlandungen vornehmen.

Die Kämpfe in Syrien.

Den aufständigen Drusen gelang es bei den Kämpfen mit französischen Truppen mehrere Geschütze zu erobern und die Stadt Sneida, die Hauptstadt der Dschebel-Drusen, einzunehmen. Ferner wird gemeldet, die Drusen hätten 100 mit Munition und Vorräten beladene Kamele erobert. Die Franzosen sollen zahlreiche Verluste an Toten und Verwundeten erlitten und sich nach Ezra zurückgezogen haben.

Hinrichtung in Polen.

WTB. **Lemberg**, 6. August. Der Mörder des polnischen Polizeiagenten Cechnowski, Botwin, wurde heute vom Standgericht zum Tode verurteilt. Da der Präsident der Republik das durch Fernsprecher übermittelte Begnadigungsgesuch verwarf, wurde heute Mittag 1 Uhr das Urteil vollstreckt.

Gewerkschaftliches

Ein Gewerkschaftsbeamter

Nach dem Gesetz über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt (der deutschen Staatsbank für Agrarkredite) hat der Reichsrat der Hindenburg-Republik die 11 Mitglieder des Verwaltungsrates zu ernennen. Das ist jetzt geschehen. Er ernannte: den Präsidenten der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse Semper, Berlin, den Hauptritterschaftsdirektor v. Winterfeld, Berlin, Ministerialrat v. Schenk vom Preußischen Finanzministerium, Ministerialrat Mussel vom Preußischen Landwirtschaftsministerium, von der bayerischen Regierung einen noch zu benennenden Staatsbeamten für Bayern und den Direktor der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank Hofrat Schreyer, München, für Sachsen den Vorsitzenden des Landwirtschaftlichen Kreditvereins, Rittergutsbesitzer Geh. Regierungsrat Mehnert, Dresden, für Württemberg, Baden und Hessen Gutsbesitzer Schenk, Freiherr v. Stauffenberg, für die beiden Mecklenburg Rittergutsbesitzer Wiskott, für die übrigen Länder den Präsidenten der Braunschweigischen Staatsbank, Finanzpräsident Dr. Stübben und

Reichstagsabgeordneter Franz Behrens,
Vorsitzender des Zentralverbandes der Landarbeiter.

Wie die deutschnationalen Großgrundbesitzer, Barone, Exzellenzen und Minister doch wissen, wer die Interessen des Agrarkapitals am besten wahrnehmen kann.

Aus der Bewegung

Antrag

der Ortsgruppe Leipzig zur Zentralausschußsitzung.

Die Konsolidierung der kapitalistischen Ordnung in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht st zu einer unstreitbaren Tatsache geworden. Das durch den Weltkriegs- und Nachkriegsjahren erschütterte Gleichgewicht dieser Ordnung insbesondere in Europa, ist auf höherer Stufe wieder hergestellt. Doch zugleich sind die Widersprüche der kapitalistischen Ordnung im gesteigertem Maße reproduziert, die früher oder später zu neuen schicksalsschweren Erschütterungen des kapitalistischen Gefüges führen müssen. Die eben festgestellte Tendenz der kapitalistischen Entwicklung darf aber nicht zu der vermeintlichen revolutionären Einstellung verleiten, als einzig und alleinige Aufgabe der Partei die Propagierung des Endkampfes anzusehen. Der Endkampf, der Kampf um die Macht, kann auf keinem Fall das Ergebnis der Propaganda allein sein, sondern entspringt vor allem aus einer ganz bestimmten historischen Situation, die ein Ergebnis der verschiedenartigen wirtschaftlichen sozialen und politischen Auswirkungen der kapitalistischen Entwicklung ist.

Das Festhalten an der bisherigen Einstellung der Partei wurde in der Praxis eine vollständige Isolierung von den breiten Massen, noch mehr eine Auslieferung der Massen dem Reformismus und Indifferentismus, mit anderen Worten ein unbewußtes In-die-Hände-spielen des Kapitals bedeuten.

Die eingetretene Ruhepause, deren Dauer nicht abzusehen ist, verpflichtet die Partei zu einer gründlichen Umstellung in den Fragen der Tagespolitik. Die bisherige gänzlich negative Stellungnahme in allen Lohnkämpfen und den brennenden Tagesfragen, die in das Bereich der proletarischen Interessen hineinreichen, muß von der Partei aufgegeben werden.

Zu diesem Behufe erachtet die Ortsgruppe Leipzig als unumgänglich folgenden Beschluß auf der Zentralausschußsitzung herbeizuführen:

„Die uneingeschränkte Diskussion zu allen grundlegenden Fragen des Parteiprogramms wird in der KAZ. eröffnet, um bis zum nächsten Parteitag eine diesbezügliche Klärung herbeizuführen."

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

Nachruf.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser treuer Kämpfer

Karl Gamborski

Stephanstraße 15, verstorben ist.

Die Einäscherung findet Montag, den 10. August, im Krematorium, Gerichtstraße, um ½6 Uhr statt.

Der 2. Bezirk.

3. Bezirk (Wedding). Donnerstag, den 13. August, öffentlicher Vortragsabend. Referat: Unsere Stellung zum heutigen Rußland. Lokal: Gottlieb Frenzel, Reinickendorfer Straße 42. Alle müssen erscheinen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schernell-Berlin.
Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 12.

Abonnements-Annahme-Stellen für die KAZ. in Groß-Berlin:

Norden: Fr. Malz, Fehrbelliner Straße 28, Hof III
Szomoru, Moabit, Berlichingen-Straße 10
Jul. Gehrke, Lychener Straße 31, Quergebäude 1 Treppe, bei Schulz
K. Herhold, Lichtenberg, Thürschmidtstraße
Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49
Süden: A. Fischer, Neukölln, Zieten-Straße 71
Karl Voigt, SO, Grünauer Straße 36
Georg Otto, Tempelhof, Friedrich-Franz-Straße 17
Südwesten: Tuschling, Möckernstraße 112
Centrum: J. Schuri, Brückenstraße 6
Adlershof: Max Sommer, Kaiserin-Auguste-Victoria-Straße 43
Bohnsdorf: Herm. Pohl, Apollo-Straße 16
Charlottenburg: H. Kues, Wallstraße 23
Cöpenick: W. Heiland, Schönerlinder Straße 9
Grünau: Karl Plötzer, Cöpenicker Straße 92
Karlshorst: Klump, Junker-York-Straße 36
Königswusterhausen: Kühnel, Luckenwalder Straße 39
Nowawes: Ernst Gabel, Groß-Beeren-Straße 12
Pankow: Hans Liepe, Damerow-Straße 45
Rosenthal: Th. Jähnchen, Edelweißstraße 36 II
Schöneberg: Hugo Otto, Hauptstraße 14

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"
Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
per Post — frei Haus

Name . . . .
Ort . . . .
Straße . . . . Nr. . . . . .

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an eine der obigen Adressen oder direkt an die **Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49,** zu senden.

6. Jahrg. Nr. 63

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

August 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

„Parlaments-Revolution"

Die KPD. übt in den augenblicklichen Redeschlachten im deutschen Reichstag, zu den Steuer und Zollgesetzen, wieder einmal ihr höchstes parlamentarisches Machtmittel aus, sie betreibt die oft angepriesene Obstruktion. Was sie damit bezwecken will, erscheint nach so vielen vorhergegangenen Versuchen für das allgemeine Proletariat unbegreiflich. Die Erfolge dieser Aktionen sind bis heute gleich Null gewesen, außerdem, man könnte sich einbilden, das überlaute Geschrei in den hohen vier Wänden, das mit der Entfernung der Ruhestörer endete, als großen Erfolg für die Politik der KPD. buchen zu dürfen.

Wenn man recht hinsieht, so bleibt von dem Geschrei sehr wenig übrig, nachdem man die Wirkung nach außen an dem Rückgang der Stimmen für die KPD. bei den letzten Wahlen beobachtet.

An den auftauchenden Fragen, zu denen man diese Aktionen inszeniert, wird trotz des „revolutionären" Geschreies nicht das geringste geändert.

Besser wie in der augenblicklichen Zeit ist die Rolle des Parlamentarismus und die unsinnige Parlamentspolitik der KPD. wohl nie bewiesen worden. Wenn man den Schleier der Illusionen lüftet, hinter denen die KPD. ihre Parlamentspolitik treibt, bleibt von den ganzen scheinrevolutionären Phrasen nichts mehr übrig, als ein wenig radikaler Reformismus. Dem Proletariat gegenüber spricht sie: „Ins Parlament für die Revolution der Massen nach außen." Wir haben schon oft genug aufgezeigt, daß es für den revolutionären Klassenkampf des Proletariats solche Zwitterstellungen nicht gibt, daß eine Inkonsequenz die andere nach sich zieht, bis alles im Sumpf erstickt ist.

Immer wieder müssen wir an den neu auftauchenden Fragen dieses beweisen, um den Bann verheerender Illusionen zu brechen, der das Proletariat mit in den großen Sumpf reißt.

Wie sieht diese Zwittergestalt aus, die da sagt: „Das Proletariat kann sich nur durch die Revolution befreien, — und — wir müssen ins Parlament gehen, um den Parlamentarismus durch die Aufdeckung seiner Gesamtpolitik zu zerschlagen!"? — Also Palastrevolution, weil die Massen noch an diese Art der „Revolution" glauben!

Steuer- und Zollgesetze standen auf der Tagesordnung des kapitalistischen Staates. Mit ungeheuerer Gewalt sollte das Proletariat von neuem belastet werden, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung in Gang zu halten. Die moderne Staatsform, die demokratische Republik verlangt von allen Parlamentsvertretern sämtlicher Parteien eine aktive Mitberatung an den staatsnotwendigen Fragen. Tagelang — „bis zum vollkommenen physischen Zusammenbruch", wie von den Deutschnationalen bis zu den KPD.-Vertretern festgestellt wird, — wird um den Ausbeutungsgrad „gekämpft" und „gehandelt".

Das Bürgertum vertritt mit äußerster Konsequenz seine Klasseninteressen und die des Staates. **Der deutschnationale Reichstagspräsident Gräf** leitet die Sitzungen. Die Linksparteien verschachern das proletarische Klasseninteresse so gut es eben geht. Das Zentrum tritt sofort auf die Seite der Gesetze, d. h. des Bürgertums und seiner Republik, abgesehen von einigen kleinen, schwankenden Gestalten, die sich auf ihre goldene Koalition mit der SPD. besinnen.

Leider ist die Koalition diesmal ein wenig gestört. Doch nicht, daß man glauben sollte, die SPD. hat sich von der Verfassung losgesagt und betreibt Klassenkampfpolitik. Nicht im geringsten. Ihre Stellung als Vertreterin großer Proletariermassen läßt aber eine sofortige offene Befürwortung dieser Ausbeutungsgesetzte nicht zu. Sie zeigt einen oppositionellen Winkelzug und verlangt ein wenig Reformierung der Ausbeutungsprogramme. Ihr Schein bei den Massen ist dadurch gewahrt, die alte parlamentarische Illusion ist gefestigt und für den Oppositionscharakter nimmt sie eine kleine Rüge durch einige Zentrumsführer in Kauf.

Der Hauptgrad ihrer Opposition, die von den KP.-Vertretern unterstützt wird, richtet sich gegen die Durchpeitschung der Gesetze. Die Regierungsmehrheit, die alle 5 Minuten angezweifelt wird, indem das Haus nicht genügend Vertreter aufweist, hat jeder Partei eine dreistündige Redezeit zugebilligt, — und wie gerne hätten sich die linken Palastrevolutionäre lang und breit von der Rednertribüne aktiv ausgequatscht. Die SPD.-Parlamentarier schimpfen über undemokratische Erdrückung der Minderheit, sie verlassen schüchtern den Sitzungssaal. Sie haben jedenfalls dabei ihr „demokratisches" Verhalten in ihren öffentlichen Versammlungen vergessen, in dem sie die Meinung der Proletarier systematisch unterdrücken. Die KPD. war natürlich nicht müßig, ihre Aktivität im Parlament auch in den Vordergrund zu rücken. Sie hätte ihren radikaleren Reformismus, der die Belastung des Kapitals und die Zollfreiheit in weitgehendstem Maße vorsieht, auch gern lang und breit vor den Ohren der Bourgeoisievertreter aufgerollt.

Vergeblich! — Das Ohr der Bourgeoisie wie überhaupt der meisten Parlamentarier ist für diese radikalen Reden nicht empfänglich. Weil es nun nicht im guten ging, die Regierung vom guten Willen der KPD. zu überzeugen, sollte die Palastrevolution — Obstruktion — helfen.

Das Ergebnis war, daß 17 Hüter der Ordnung kamen und S c h ü t z, G e s c h k e, T o r g l e r, M ü n z e n b e r g und N e d d e r m e y e r unter ihrem Geschrei von: Provokateuren und Henkern gegen Gräfe, an die frische Luft befördert wurden. — Die Obstruktion hörte auf —, denn ohne dabei zu sein, gibt es für die KPD. keine Politik mehr — und nun stehen die Helden auf den Brettern und predigen von der revolutionären Tat im Parlament. Sie haben eine neue Aktion hinter sich, mit der sie das revolutionäre Selbstbewußtsein im Proletariat wieder untergraben können. — Denn die Steuergesetze sind nun ohne Beisein der KPD. angenommen worden, sie hat dieses nicht verhindern können. Damit ist ihre Notwendigkeit des Parlamentarismus wieder gerettet. Die Massen begreifen nicht, wie sie an der Nase herumgeführt werden.

Durch diese „Parlamentsrevolution" wird das Proletariat nie von den Lasten der Ausbeutung befreit. Das Parlament als leitende Instanz des Staates, wird nie gegen den Strom der eigenen Wirtschaft schwimmen, ganz gleich ist dabei, wer sich zum Verwalter dieses kapitalistischen Staates macht. Steuer- und Zollgesetze sind notwendige Lebensbedingungen desselben. Unsinnig ist, von einer Entlastung des Proletariats durch die Besteuerung der Kapitalisten zu sprechen. Jede Belastung des Kapitals wird durch die Arbeiterklasse als willkürlich ausgebeutete und als Käufer der Waren mit gesteigerten Preisen aufgebracht.

Ebenso ist es mit den Schutzzöllen.

Für die Arbeiterklasse bleibt es sich gleich, ob das Kapital seinen Markt durch Zollasten oder durch intensivere Ausbeutung, Senkung der Löhne und Warenpreise im Konkurrenzkampf reguliert.

Alle Lasten dieser Lebensbedingung des Kapitalismus werden allein vom Proletariat getragen. Beseitigt werden sie nur mit der Beseitigung des kapitalistischen Systems durch den revolutionären Klassenkampf. Dieser Kampf ist kein Wortgefecht im Parlament, zu dem ihn die KPD. degradiert, sondern ein bewußter Kampf zwischen der Herrschaft zweier Klassen, des Kapitals und der Arbeiterklasse, ein blutiger Kampf.

Solange die Proletarier sich diesen Entscheidungskampf nicht zum Prinzip erheben, wird der Staat als willkürlicher Klassen-Staat des Kapitalismus mit rücksichtsloser Ausbeutung durch Zölle und Steuern direkt oder indirekt regieren.

Aufopferungsvolle Parlamentarier

(Schluß).

Einer der wichtigsten Faktoren der neuen deutschen Wirtschaftspolitik ist die Zollpolitik. Das deutsche Kapital formt dadurch die gesamte Handelspolitik und nimmt damit auch gleichzeitig die Formulierung der Handelsverträge vorweg. Die Zölle dienen im wesentlichen einer scharf ausgesprochenen Schutzpolitik; wenn auch die Regierung immer wieder bekennt, daß es sich um „Kampfzölle" handelt, so ist dies nur als eine bewußte Täuschung anzusehen. Das deutsche Kapital ist sich darüber klar, daß nach dem augenblicklichen Stand der Weltwirtschaft ein sogenanntes gerechtes System zwischen Freihandel und Schutzzollpolitik garnicht möglich ist. Es muß auf jeden Fall zusehen, den Binnenmarkt so ausdehnungsfähig als möglich zu gestalten. Die Frage der Zölle ist auch von einer außerordentlichen Wichtigkeit und Bedeutung für die Reparationslasten.

Nach dem sogenannten Dawesgutachten sind die Einkünfte des Reiches aus Zöllen sowie die Erträge der Steuern aus Tabak, Branntwein, Zucker und Bier als Sicherheit für die deutsche Reparationszahlungen verpfändet. Der Ertrag dieser Einkünfte ist von einschneidender Bedeutung für die Zahlungen in den nächsten Jahren. Wenn diese Steuern hinter gewissen Beträgen zurückbleiben bezw. steigen, so verringern oder erhöhen sich die Reparationszahlungen. Als Mindestbetrag in dieser Beziehung ist für das Jahr 1926/27 eine Milliarde Goldmark vorgesehen. Die Einnahmen im Jahre 1924 haben schon diese Mindestsumme um 250 Millionen überstiegen. Nach der Voreinschätzung für das Jahr 1925 ist mit einer weiteren Erhöhung von ca. 150 Millionen zu rechnen. Trotzdem sollen durch Erhöhung der Bier- und Tabaksteuern 340 Millionen herausgeholt werden, so daß der Ertrag aus den verpfändeten Steuern den Mindestbetrag von $^3/_4$ Milliarden übersteigt. Diese Steuererhöhung bedingt, daß sich die Reparationslasten im Jahre 1926 von 2½ auf $2^3/_4$ Milliarden erhöhen. Diese Rechnung würde danach zu Gunsten der Reparationslasten aufgehen. Es ist dies aber nur rein äußerlich der Fall. Die Zollvorlage sieht die Wiedereinführung des Systems der Einfuhrscheine für Getreide vor. Dadurch wird bewirkt, daß der Großagrarier für die Einfuhr von Getreide eine besondere Vergünstigung, und für die Einfuhr von Waren aller Art erhält. Es würde sich auf diese Weise der Zollertrag ganz erheblich geriger gestalten.

Rein formell soll die jetzige Zollpolitik eine Fortsetzung der Zollpolitik vor dem Kriege sein. Während in der Vorkriegszeit die Getreide-Zölle im wesentlichen mit den imperialistischen Notwendigkeiten begründet wurden, bekennt heute das deutsche Kapital ganz offen, daß die neuen Zölle nur dem Verkauf dieses seines eigenen Proletariats dienen soll. Aeußerlich spielt immer noch der Gegensatz zwischen Freihandel und Schutzzoll eine erhebliche Rolle. Das Handelskapital und ein Teil der Fertigindustrie treten nach wie vor für den Freihandel ein, weil diese Politik die Möglichkeit seiner Existenz bedingt. Diese durch den Schutzzoll herbeigeführte künstliche Absatzmöglichkeit untergräbt naturgemäß den Absatz in dem Auslande, weil dadurch ein Austausch der gegenseitigen Produkte nicht nur erschwert, sondern fast unmöglich gemacht wird. Diese Kreise sind sich sehr wohl bewußt, daß ein vollkommener Freihandel die deutsche Landwirtschaft ruinieren müßte. Sie schlagen daher als Gegenmittel die weitere Intensivierung der Landwirtschaft vor. Eine derartige Bewirtschaftung müßte auch für sie den Vorteil haben, daß die Kaufkraft der Landwirte gesteigert würde. Die Voraussetzung für eine derartige Wirtschaftspolitik ist das Vorhandensein des zur Durchführung notwendigen Betriebskapitals. Solange dies nicht der Fall ist, ist ein derartiger Plan vollkommen illusorisch. Außerdem ist es selbstverständlich für die Landwirtschaft viel bequemer, ohne jedes Risiko mit den bisherigen Mitteln weiterzuarbeiten und sich durch erhöhte Ausbeutung der Arbeiterschaft die für eine weitere Intensivierung notwendige Akkumulation zu verschaffen. Die Getreide-